



# Landtag von Baden-Württemberg

83. Sitzung

14. Wahlperiode

Stuttgart, Dienstag, 19. Januar 2010 • Haus des Landtags

Beginn: 10:05 Uhr

Schluss: 13:15 Uhr

## INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten . . . . .	5979
Eintritt des Abg. Dr. Tobias Brenner . . . . .	5979
Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen . . . . .	5979
1. Fortsetzung der Ersten Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – <b>Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2010/11 (Staatshaushaltsgesetz 2010/11 – StHG 2010/11)</b> – Drucksache 14/5600	
<b>Allgemeine Aussprache</b>	
In Verbindung damit:	
Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – <b>Haushaltsbegleitgesetz 2010 und Gesetz über das Landesschuldbuch</b> – Drucksache 14/5680 . . . . .	5979
Abg. Stefan Mappus CDU . . . . .	5979
Abg. Claus Schmiedel SPD . . . . .	5987, 5991, 6009
Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE . . . . .	5994, 6010
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP . . . . .	6000
Ministerpräsident Günther Oettinger . . . . .	6005
Beschluss . . . . .	6012
Nächste Sitzung . . . . .	6012
Anlage	
Vorschlag der Fraktion der SPD – Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen . . . . .	6013

## Protokoll

über die 83. Sitzung vom 19. Januar 2010

Beginn: 10:05 Uhr

**Präsident Peter Straub:** Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 83. Sitzung des 14. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie. Ich darf Sie bitten, die Plätze einzunehmen und die Gespräche einzustellen.

Krankgemeldet sind heute die Herren Abg. Braun und Pix sowie Herr Minister Professor Dr. Frankenberger.

Meine Damen und Herren, die Landeswahlleiterin hat mir mit Schreiben vom 9. November 2009 mitgeteilt, dass das Mandat der ausgeschiedenen Kollegin Birgit Kipfer auf Herrn Dr. Tobias Brenner übergegangen ist.

Herr Dr. Brenner hat die Wahl angenommen und mit Wirkung vom 1. Januar 2010 die rechtliche Stellung eines Abgeordneten des 14. Landtags von Baden-Württemberg erworben.

Herr Dr. Brenner, ich begrüße Sie herzlich in unserer Mitte und wünsche Ihnen viel Erfolg für Ihre Arbeit.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Meine Damen und Herren, auf Ihren Tischen finden Sie eine Vorschlagsliste der Fraktion der SPD für Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen. Ich stelle fest, dass Sie den vorgeschlagenen Umbesetzungen zustimmen. – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Meine Damen und Herren, eine Zusammenstellung der **E i n g ä n g e** liegt Ihnen ebenfalls vor. Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu. – Auch hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

\*

Im Eingang befinden sich:

1. Mitteilung des Finanzministeriums vom 17. Dezember 2009 – Vierteljährliche Unterrichtung über Steuereingänge und Staatsausgaben (Beschlüsse des Landtags vom 15. März 1973, Drucksache 6/1993, vom 20. Dezember 1973, Drucksache 6/3910 Ziff. II Nr. 6); Haushaltsjahr 2009 (Januar – September) – Drucksache 14/5614

Kenntnisnahme, keine Ausschussüberweisung

2. Antrag des Finanzministeriums vom 17. Dezember 2009 – Haushaltsrechnung des Landes Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2008 – Drucksache 14/5630

Überweisung an den Finanzausschuss

3. Mitteilung des Finanzministeriums vom 28. Dezember 2009 – Bericht der Gemeinsamen Finanzkommission – Drucksache 14/5656

Überweisung an den Finanzausschuss

4. Mitteilung des Finanzministeriums vom 14. Januar 2010 – Mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 2009 bis 2013 – Drucksache 14/5681

Überweisung an den Finanzausschuss

\*

Wir treten damit in die Tagesordnung ein.

Ich rufe den **einzigsten Punkt** der Tagesordnung auf:

**Fortsetzung der Ersten Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2010/11 (Staatshaushaltsgesetz 2010/11 – StHG 2010/11) – Drucksache 14/5600**

**Allgemeine Aussprache**

**In Verbindung damit:**

**Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Haushaltsbegleitgesetz 2010 und Gesetz über das Landesschuldbuch – Drucksache 14/5680**

Für die Allgemeine Aussprache hat das Präsidium eine Redezeit von 30 Minuten je Fraktion festgelegt.

In der Aussprache erteile ich nun Herrn Abg. Mappus das Wort.

**Abg. Stefan Mappus** CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es gibt nichts drum herumzureden: Wir befinden uns nach wie vor in der schwersten Wirtschafts- und Finanzkrise aller Zeiten mit Zahlen, mit Folgewirkungen, die wir alle und die auch alle Experten bis vor einem Jahr oder bis vor zwei Jahren noch für völlig undenkbar gehalten hätten.

Ich bin immer ein Anhänger der These, dass man eine Situation sauber analysieren muss, und zwar auch dann, wenn die Folgewirkungen unangenehm sind. Ich meine aber auch, dass man – übrigens gerade mit Blick auf die Wirtschaft; wir wissen ja spätestens seit Ludwig Erhard, dass 50 % der Wirtschaftspolitik aus Psychologie bestehen – auf keinen Fall den Fehler machen darf, die Krise noch drastischer darzustellen

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

und alles noch schlimmer zu machen, als es ohnehin schon ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

(Stefan Mappus)

Es sprechen zunehmend viele Anzeichen dafür, dass in der akuten Konjunkturkrise mit ihren historischen und globalen Umsatz- und Nachfrageeinbrüchen zumindest das Tal durchschritten und damit das Schlimmste überstanden ist.

Das neue Jahr, meine Damen und Herren, lässt auf neues Wachstum hoffen. Wie Sie heute den Medien entnehmen können, wird die Bundesregierung ihre Wachstumsprognose für das laufende Jahr von etwas über 1 % auf 1,5 % korrigieren. Auch wenn die Lage in vielen Branchen und Unternehmen noch immer angespannt ist, drehen sich doch in immer mehr Bereichen der Wirtschaft die Vorzeichen wieder von Minus nach Plus.

Der lang erwartete Silberstreif am Horizont wird zumindest deutlicher, und er wird kräftiger. Zahlreiche Unternehmen baden-württembergischer Schlüsselindustrien, z. B. die ZF in Friedrichshafen, erwarten schon für 2010 wieder schwarze Zahlen.

(Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Die Zahlen der Auftragseingänge steigen. Der Welthandel und vor allem der Export – besonders wichtig für Baden-Württemberg – ziehen wieder deutlich an, und die Wachstumsprognosen werden nach oben korrigiert.

Der Landesverband der Industrie rechnet sogar damit – nachzulesen in den „Stuttgarter Nachrichten“ vom 8. Dezember 2009 –, dass sich die Geschäfte der baden-württembergischen Industrieunternehmen in diesem Jahr bereits deutlich besser entwickeln werden als im Durchschnitt in der Bundesrepublik.

Meine Damen und Herren, es wird sich zeigen: Genau so, wie Baden-Württemberg mit seiner starken Export-, Investitionsgüter- und Hightechwirtschaft besonders hart und außergewöhnlich von der weltweiten Wirtschaftskrise betroffen war, genau so werden wir von der jetzt einsetzenden Belebung auch wieder schneller als andere nach oben getragen. Davon bin ich zutiefst überzeugt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Auch wenn es quer durch die Republik nicht wenige gibt, die es im Zweifel gern anders hätten: Baden-Württemberg wird auch nach dieser Krise nicht Opfer, sondern Gestalter und nach meiner Überzeugung auch Gewinner des Strukturwandels sein. Unsere Unternehmen – da können wir sicher sein – haben in allen Branchen die Zukunftsmärkte fest im Blick. Sie engagieren sich mit großem Einsatz dort, wo Wertschöpfung und Wachstumschancen der nächsten Jahre und Jahrzehnte liegen. Und sie sind Weltspitze, wenn es um die Entwicklung und Optimierung neuer technologischer Trends und Möglichkeiten geht; z. B. setzt der weltgrößte Automobilzulieferer Bosch längst massiv auf ein zusätzliches Standbein im Bereich der Solartechnik.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Vieles andere in anderen Bereichen lässt sich dabei genauso gut an.

Auf diesem Weg in die Zukunft, meine Damen und Herren, hat unsere Wirtschaft die volle Unterstützung der Landespo-

litik. Die Besserwisserei und vor allem die Schulmeisterlichkeit von manchen in der Opposition in Baden-Württemberg, wie sie immer wieder erlebt werden kann, kann niemand brauchen,

(Widerspruch bei der SPD – Abg. Ursula Haußmann SPD: Oje! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Bisher war es sachlich, und jetzt geht es schon wieder unter die Gürtellinie!)

der in Zeiten von Krisen und Veränderungen Verantwortung für Jobs und für Umsätze trägt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Unglaublich!)

– Keine Sorge; nicht nervös werden, Herr Kollege Schmiedel. Sie werden noch mehr Daten und Fakten von mir erfahren, als Ihnen recht sein wird.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Ursula Haußmann: Oje!)

Ich bin überzeugt, meine Damen und Herren: Mit unserer weltweit konkurrenzlosen Forschungslandschaft, mit unseren Exzellenzuniversitäten und mit unserer unvergleichlichen Patentdichte können wir Vertrauen – das entscheidende Merkmal für die Wirtschaft – in die Zukunft Baden-Württembergs haben.

Meine Damen und Herren, Krisen begegnet man mit Innovationen und mit Ideen und nicht mit Schlechtredei. So sieht es aus.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD: Aha! Und jetzt zu den Ideen!)

Gleichzeitig erweist sich – Herr Kollege Schmiedel, bis zur Bundestagswahl waren wir uns da wenigstens noch einig –, dass die aktive Konjunkturpolitik in Deutschland wirkt. Mit unserem Landesinfrastrukturprogramm und mit den massiv ausgeweiteten Landesbürgschaften haben wir vielen Unternehmen im Tiefpunkt der Krise wertvolle Überbrückungshilfe geleistet. Wir haben die Fördergelder aus den Konjunkturprogrammen – ich glaube, dies bestreitet niemand – besonders schnell, besonders effektiv und vor allem flächendeckend eingesetzt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Reden Sie mit den Kommunalpolitikern in Baden-Württemberg. Da gibt es nicht immer in allem Übereinstimmung. Aber ich habe noch keinen getroffen, der bestritten hat, dass sie selbst überrascht waren, wie schnell, wie effizient und wie unkompliziert diese Konjunkturprogramme umgesetzt werden. Und diese Programme wirken in Baden-Württemberg, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Zusammen mit den Steuerbeschlüssen des Bundes – inklusive den Beschlüssen der Großen Koalition, Herr Kollege Schmiedel, an die ich mich noch gut erinnern kann –

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ihr Langzeitgedächtnis ist gut!)

(Stefan Mappus)

und der verbesserten Kurzarbeiterregelung ist damit in Baden-Württemberg, wie ich finde, ein starkes Strategiebündel des politischen Krisenmanagements entstanden, das viel zur Sicherung von ökonomischer Substanz und Beschäftigung im Land beigetragen hat.

Meine Damen und Herren, es gibt entscheidende Indikatoren, an denen Sie dies ablesen können. Jeder einzelne Arbeitslose ist ein Arbeitsloser zu viel. Ich bin der Überzeugung, dass es neben der persönlichen Gesundheit kaum etwas gibt, was eine Familie mehr belastet als die Geißel der Arbeitslosigkeit mit allen negativen Konsequenzen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

Aber wenn Sie an einem Punkt sehen können, dass unsere Programme wirken, dann an folgendem: Der Rückgang der Wirtschaftsleistung in Baden-Württemberg im letzten Jahr liegt bei rund 8 % – bis vor Kurzem eine unvorstellbare Zahl! Sie liegt deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Trotzdem hat sich im Krisenjahr 2009 – Gott sei Dank – die Zahl der Erwerbstätigen in Baden-Württemberg nur um 0,5 % verringert. Meine Damen und Herren, wo in der Wirtschaftsgeschichte dieser Welt gab es einen solch katastrophalen Einbruch, bei dem der Beschäftigungsstand trotzdem – aufgrund guter Politik, guter Konjunkturprogramme – so weit wie möglich, wie gerade geschildert, gehalten werden konnte? Wo gab es das? Ich glaube, das ist ein guter Beleg dafür, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/  
DVP)

Im Maschinenbau, meine Damen und Herren, hatten wir im letzten Jahr in Baden-Württemberg im Durchschnitt einen Rückgang der Produktion um 30 %, und es sind „nur“ 4 % der Arbeitsplätze weggefallen. Die Jugendarbeitslosigkeit in Baden-Württemberg ist im Jahr 2009 – in der zweiten Hälfte – sogar wieder deutlich zurückgegangen. In der schwersten Wirtschafts- und Finanzkrise aller Zeiten ist die Jugendarbeitslosigkeit in diesem Bundesland zurückgegangen, meine Damen und Herren. Wenn das kein Signal für gute Politik ist, dann weiß ich nicht mehr, was die Politik noch tun soll.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir nehmen alle Prognosen sehr ernst, dass das große Aufräumen nach der Krise in diesem Jahr gerade auch bei uns noch Jobs kosten kann. Umso mehr können wir dankbar dafür sein, dass sich unser Arbeitsmarkt trotz dieser beispiellosen Krisenentwicklung bisher auffallend robust und stabil gezeigt hat.

Meine Damen und Herren, ich will ausdrücklich auch darauf hinweisen, dass dies vor allem auch ein großes Verdienst der Tarifpartner ist. Man kann manchmal trefflich über Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter streiten, über die Art und Weise, was sie tun, wie sie es tun und anderes mehr. Aber ich glaube, man muss an einem solchen Tag auch einmal Dank an beide Adressen dafür sagen, wie unglaublich besonnen und weit weg von irgendwelcher Ideologie die Tarifpartner im letzten Jahr, in dieser Krise auch in Verbindung mit der Politik ver-

trauensvoll gemeinsam gearbeitet haben. Ich glaube, das war eine tolle Leistung. Auch das muss an einem solchen Tag einmal gesagt werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

Herr Kollege Schmiedel, von der SPD haben wir immer wieder gehört, die Politik im Land tue zu wenig für Wirtschaft und Mittelstand.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Da haben Sie recht!)

Der Kollege Schmiedel hat dann die grandiose Vorstellung eines Baden-Württemberg-Fonds entwickelt, die er inzwischen bei jeder Gelegenheit anpreist wie sauer Bier,

(Abg. Helen Heberer SPD: Reden Sie über sich!)

was er wahrscheinlich auch heute wieder tun wird. Sie haben dabei wahrscheinlich übersehen, dass es schon seit längerer Zeit den Mittelstandsfonds der L-Bank gibt – übrigens kräftig nachgefragt, gut operierend, wie ich finde, auch messbar sehr gut operierend.

Ich will, Herr Schmiedel, zur Abwechslung einmal gar nicht all das, was Sie gesagt haben, selbst bewerten, sondern ich will einfach einmal andere sagen lassen, was sie von Ihren Vorschlägen halten.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Jetzt wird es gefährlich!)

Der Hauptgeschäftsführer der IHK Region Stuttgart, Andreas Richter, hat sich in der „Stuttgarter Zeitung“ vom 22. Oktober des letzten Jahres zu den SPD-Konzepten folgendermaßen zitieren lassen:

*Wir sehen keinen Sinn darin, weitere Programme aufzulegen und noch mehr staatliche Förderung zu geben.*

Ein Vertreter der Wirtschaft, lieber Herr Schmiedel,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ein IHK-Bürokrat! – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

müsste ja geradezu begeistert sein von Ihren Vorschlägen, wenn sie etwas taugen würden.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Was ist denn bei Ihnen Wirtschaft? Bürokraten oder Unternehmer?)

– Es ist übrigens ein Beispiel dafür, wie weit es mit der SPD gekommen ist, wenn Sie das Selbstverwaltungsorgan der Wirtschaft in Baden-Württemberg so heruntermachen, Herr Schmiedel. Das ist sehr bezeichnend!

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

Aber nachdem mit dieser Reaktion zu rechnen war und Herr Richter erfreulicherweise nicht der Einzige ist, dem das Herz überquoll, kann ich Ihnen auch noch andere Zitate bringen.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Andere Funktionäre!)

(Stefan Mappus)

Ulrich Hermani, VDMA-Landesgeschäftsführer – –

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist auch ein Funktionär, auch ein Beamter! – Unruhe)

– Es freut ihn sicherlich, wenn Sie ihn als Beamten deklassieren; machen Sie ruhig weiter so.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ein Wirtschaftsbeamter! – Anhaltende Unruhe)

Ich verspreche Ihnen, Herr Schmiedel:

(Abg. Reinhold Gall SPD: Wollten Sie nicht eigentlich zum Haushalt reden?)

Ich war noch nie so hinterher, ein Protokoll landesweit so schnell zu verschicken, wie das heute nach den freundlichen Aussagen, die Sie über die baden-württembergische Wirtschaft machen, der Fall sein wird.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Wollten Sie eigentlich nicht zum Haushalt reden heute Morgen? – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

– Ich komme noch länger auf den Haushalt zu sprechen, als Ihnen recht sein wird.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Aber Sie haben nur noch zehn Minuten Zeit!)

– Nein, ich habe noch 18 Minuten Zeit.

(Unruhe)

Ulrich Hermani – als VDMA-Landesgeschäftsführer spricht er gewissermaßen für die Hauptbetroffenen der Krise – hält die Programme zur Liquiditätssicherung und Investitionsförderung im Land ausdrücklich für ausreichend: Es werde allen Unternehmen geholfen, die erst nach Beginn der Finanzkrise in Schwierigkeiten gekommen sind. Ich zitiere:

*Ich muss das Land ausdrücklich in Schutz nehmen.*

So Hermani wörtlich.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Ojemine!)

Lieber Herr Schmiedel, Ihre Wirtschaftspolitik ist ein Ladenhüter, der in Ihrem politischen Schaufenster liegen bleibt und verstaubt und den kein Mensch in diesem Land will. Das ist der Punkt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es!)

Ich frage mich übrigens ganz nebenbei, wie Sie Ihre Pläne umfassender Wirtschaftsbeihilfen

(Abg. Alfred Winkler SPD: „Asbach“ uralt!)

jemals verwirklichen wollen. Denn ich kann ständig lesen, dass Sie jetzt der Vorreiter der Sparer in Baden-Württemberg und derjenige seien, der endlich den Haushalt sanieren will – so, wie Sie es von 1992 bis 1996 auch immer sehr erfolgreich

gefordert haben. Gleichzeitig verlangen Sie ständig neue Konjunkturprogramme. Die Grünen, Ihr potenzieller Koalitionspartner

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wer? Wo? – Abg. Claus Schmiedel SPD: Na, wer weiß!)

– sagen wir einmal: Ihr gewünschter potenzieller Koalitionspartner –,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Oppositionspartner!)

haben in dieser Situation noch nicht einmal die lebensrettende und alternativlose Bürgschaft für die Heidelberger Druckmaschinen AG mitgetragen, liebe Freunde.

Insofern wundert es nicht weiter, wenn die „Schwäbische Zeitung“ in ihrer Ausgabe vom 22. September des letzten Jahres ebenso klar wie richtig urteilt – ich zitiere –:

*Den wirtschaftspolitischen Ideen der SPD fehlt schlicht und ergreifend die Substanz.*

Wo diese Zeitung recht hat, hat sie recht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das waren bestimmt auch wieder Beamte!)

Jetzt, Herr Gall, wie von Ihnen gewünscht, zum Haushalt.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Jetzt wird es Zeit! Sehr gut! – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Der Doppelhaushalt 2010/2011 ist ohne Zweifel ein Haushalt des Krisenmanagements.

(Abg. Bärbli Mielich GRÜNE: Ach was?)

Alle wesentlichen Kennzahlen verdeutlichen dies. Die Steuereinnahmen werden im Jahr 2010 aller Voraussicht nach konjunkturbedingt um 16 % unter den Isteinnahmen von 2008 liegen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Warum wohl?)

Das sind 5 Milliarden €. Niemand – keine politische Kraft, kein Finanzminister – kann dies einfach durch Einsparungen im Landeshaushalt ausgleichen. Wer etwas anderes behauptet, sagt schlicht und ergreifend die Unwahrheit, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Ursula Haußmann SPD: Dürftiger Beifall!)

Ich vernehme in den letzten Tagen erstaunt, wer alles welche Sparvorschläge macht.

(Abg. Georg Nelius SPD: Das hat aber lange gedauert!)

Ich schlage eigentlich immer vor, Sparvorschläge zu machen, bevor ein Haushalt aufgestellt wird. Jedenfalls habe ich das einmal so gelernt. Solche Vorschläge erst danach zu machen

(Stefan Mappus)

– in der sicheren Gewissheit, dass man es nicht mehr ändern kann –, um an der einen oder anderen Stelle angeblich noch zu glänzen – sofern dadurch Glanz entsteht –, ist auch nicht besonders seriös. Das kann ich nur so sagen.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Niveau „Bauer sucht Frau“!)

Aber selbst wenn man jetzt massiv einsparte,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Der Haushalt wird doch hier diskutiert!)

wäre dies doch ökonomisch nicht sinnvoll. Wenn wir in Deutschland aus der Wirtschaftsgeschichte der letzten 100 Jahre eines hätten lernen müssen, dann ist die wichtigste Lehre aus der großen Depression in den Dreißigerjahren, dass man eine Krise verschärft, wenn man in der Krise spart, meine Damen und Herren.

Deshalb sage ich: Natürlich hätten wir die Nettonull gern auch für die nächsten Jahre fortgeschrieben. Das ist und bleibt das Markenzeichen der Landesregierung von Günther Oettinger.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Jetzt wird es aber peinlich! – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Der Kurs der CDU wird sein, so schnell wie möglich zur schwarzen Null zurückzukommen. Aber wir können doch nicht in einem Jahr Konjunkturpakete schnüren und deren Wirkung im Jahr darauf mit rigider Sparpolitik wieder kaputt machen. Das wäre keine vernünftige Politik, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Aber auch in einer solchen Situation darf man, glaube ich, in aller Bescheidenheit einmal die Haushaltszahlen im Vergleich zu denen aus anderen Ländern in Deutschland einordnen, um daraus auch Folgerungen zu ziehen. Ich will nichts schönreden. Die Situation in den Jahren 2010 und 2011 ist schlecht. Aber schauen wir doch einfach einmal, wie es bei anderen aussieht, um es zumindest richtig einordnen zu können. Wie nutzen denn andere in dieser Republik diese Krise?

Meine Damen und Herren, das rot-grün regierte Bremen bezahlt in diesem Jahr ein Viertel – 25 % – seines Haushalts mit Schulden, und das trotz Länderfinanzausgleichs.

(Abg. Bärtl Mielich GRÜNE: Stadtstaat!)

Im Vergleich zu anderen Ländern nehmen wir pro Kopf weit weniger neue Kredite auf als z. B. Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen oder Rheinland-Pfalz.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Was ist mit Bayern?)

– Bayern hat für die beiden nächsten Jahre noch eine große Möglichkeit, Rücklagen aufzulösen. Wenn Sie mit Vertretern aus Bayern reden, erfahren Sie ganz genau, dass dort unmittelbar danach das Unheil im Zweifel noch sehr viel stärker kommt, als es bei uns derzeit der Fall ist.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Interessanterweise, meine Damen und Herren, entspricht unsere geplante Nettokreditaufnahme im Haushaltsjahr 2010 fast auf den Euro genau dem Betrag, den wir zuletzt in den Länderfinanzausgleich eingezahlt haben. Mit anderen Worten: Wenn alle so gut wirtschaften und haushalten würden wie wir,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Ojemine!)

hätten wir selbst in der größten Krise aller Zeiten eine Null in der Bilanz stehen, was Gewinn oder Verlust angeht.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Aha! Schwarze Null!)

Meine Damen und Herren, damit sind wir bei einem Thema, bei dem ich fest entschlossen bin, es nicht einfach weiterlaufen zu lassen. Es ist doch schon eine bemerkenswerte Erscheinungsform des deutschen Umverteilungsföderalismus, dass sich Länder wie Berlin und Rheinland-Pfalz den Luxus gebührenfreier Hochschulen, kostenloser Kindergärten

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Jawohl!)

und vieles andere mehr leisten, während wir aus Baden-Württemberg das Ganze bezahlen. Das darf so nicht weitergehen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sauerei!)

Dieses System bestraft Sparsamkeit und Erfolg. Es schwächt die Starken, bis sie am Ende selbst schwach sind, und vor allem prämiert es defizitäre Strukturen. Ich glaube, gerade unter dem Druck dieser Krise sollten wir gemeinsam mit Bayern am Ende der Krise nicht zur Tagesordnung übergehen, sondern dieses System noch einmal – wenn nötig, auch juristisch – hinterfragen. Ich gebe mich nicht damit zufrieden, dass der Länderfinanzausgleich im Jahr 2018 ausläuft, und zwar aus einem ganz einfachen Grund: Wir haben schon jetzt nur drei Zahlerländer bei 13 Nehmerländern. Das wird im Jahr 2018 nicht viel anders sein. Ich wage einmal die Prognose, dass es auch dann von den Mehrheiten her nicht ganz einfach werden wird, ein System zu finden, das uns weniger abverlangt und das weniger Geld aus Baden-Württemberg abzieht.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Wie wollen Sie das bis dahin ändern? – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD: Gute Frage! – Zuruf des Abg. Dr. Nils Schmid SPD)

Ein weiterer Punkt ist: Ich war, bin und bleibe der Überzeugung, dass die Steuerpolitik ein wichtiges Instrument des Krisenmanagements ist. Meine Damen und Herren, das Wachstumsbeschleunigungsgesetz hat die Unternehmensbesteuerung und die Erbschaftsteuer richtigerweise um ihre krisenverschärfenden Elemente bereinigt.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Steuer- und Spendenpolitik! – Gegenruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Na, na!)

Dass dieses Gesetz unter dem Strich gelungen ist, dafür gab es in der letzten Woche einen absolut unverdächtigen Zeugen. Sogar der energiepolitische Sprecher der SPD-Fraktion – wohlgemerkt: in Baden-Württemberg – hat anhand seines eigenen Unternehmens – nachzulesen in der „Stuttgarter Zei-

(Stefan Mappus)

tung“ vom 15. Januar dieses Jahres – begeistert bescheinigt, dass das Wachstumsbeschleunigungsgesetz endlich Dinge auf den Weg gebracht hat, die in der Großen Koalition mit der SPD so nicht möglich waren.

(Beifall des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Hoppla! – Abg. Ingo Rust SPD: Nein! Das ist falsch!)

Meine Damen und Herren, gerade Baden-Württemberg lebt von seinen vielen Tausend mittelständischen Unternehmen. Deshalb will ich ein Beispiel dafür nennen, warum es richtig war, das Wachstumsbeschleunigungsgesetz auf den Weg zu bringen.

(Abg. Ingo Rust SPD: Lesen!)

Wir können es uns nicht länger leisten, dass wir die Unternehmen in der Krise durch eine Substanzbesteuerung zusätzlich belasten. Genauso wenig können wir es uns leisten, dass ein Firmenerbe demnächst Erbschaftsteuer nachzahlen muss, wenn er gleichzeitig kurzarbeiten lässt, um die Arbeitsplätze im Unternehmen zu sichern. Genau das hätte die alte Rechtslage nämlich bewirkt.

Deshalb hat das Wachstumsbeschleunigungsgesetz nichts mit Steuergeschenken zu tun.

(Abg. Ingo Rust SPD: Mit Spenden!)

Übrigens, meine Damen und Herren, finde ich den Begriff „Steuergeschenk“ schon relativ merkwürdig.

(Beifall des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP)

Ich habe unter einem Geschenk immer verstanden – aber vielleicht ist das bei der SPD in der Zwischenzeit anders geworden –, dass man etwas, was einem bisher nicht gehörte, praktisch übereignet bekommt. Nur: Dem Steuerzahler gehört das Geld, das er an Steuern zahlt.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sehr richtig! – Abg. Reinhold Gall SPD: Lassen Sie diese Argumente doch der FDP! Da wirkt es besser!)

Wirklich allen Ernstes zu sagen, es sei ein Geschenk, wenn man etwas, was einem gehört, nicht hergeben muss, ist schon eine bemerkenswerte Philosophie, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Der Mann hat recht! – Zurufe der Abg. Fritz Buschle und Reinhold Gall SPD)

Es ist das, was Praktiker und Experten uns unisono immer geraten haben, damit der keimende Aufschwung nicht vom Steuerparagrafenschwungel überwuchert wird, damit neue Spielräume für Investitionen entstehen, damit Planungssicherheit für unternehmerische Entscheidungen herrscht.

Meine Damen und Herren, damit auch Sozialdemokraten in diesem Haus verstehen können, was ich meine,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Oje! – Zuruf: Das wird aber schwierig sein!)

zitiere ich einmal einen großen SPD-Wirtschaftspolitiker.

(Zuruf von der CDU: Gibt es die? – Abg. Reinhold Gall SPD: Sie sind wieder meilenweit neben dem Haushalt von Baden-Württemberg!)

– Nein, den gibt es nicht mehr. Aber es gab ihn immerhin.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das muss aber lange her sein! – Abg. Reinhold Gall SPD: Wieder nichts zum Haushalt! Das ist ja unglaublich!)

Ich zitiere:

*... unser Heil liegt darin, über Steuersenkung, Investitionserleichterung und Kostensenkung den Umstellungsprozess in unserer Wirtschaft zu fördern und die Unternehmer in eine Situation hineinzubringen, bei der sie wieder Mut fassen.*

Dann sollten sie wieder erfolgreich arbeiten können. Meine Damen und Herren, besser kann man es eigentlich nicht ausdrücken. Das Bemerkenswerte ist: Dieses Zitat kommt von einem der – zugegebenermaßen – besten Wirtschaftsminister, die die Bundesrepublik Deutschland hatte,

(Zuruf)

nämlich von dem – das gab es damals in der SPD – noch mit Sachverstand ausgestatteten großen Karl Schiller, meine Damen und Herren.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Guter Mann! – Abg. Alfred Winkler SPD: Das war aber nicht auf die Hoteliers gemünzt! – Weitere Zurufe von der SPD)

Das war SPD-Philosophie.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Der ist irgendwann aus der SPD ausgetreten! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Komisch, die ganzen Wirtschaftsminister treten aus der SPD aus! – Weitere Zurufe)

– So ist es, Kollege Rülke. Er war damals schon so verzweifelt, dass er auch aus der SPD ausgetreten ist. Auch da war er seiner Zeit offensichtlich voraus, meine Damen und Herren.

Diese Einsicht ist, wie ich finde, aktueller denn je. Ich kann den Kolleginnen und Kollegen von der SPD deshalb nur empfehlen: Lesen Sie öfter einmal nach, was kluge Leute in Ihrer Partei einstmals gedacht haben. Es lohnt sich.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Sie reden ziemlich viel über die SPD! Sie sollten über den Haushalt reden! Da kommt wenig! Sie sollten Haushaltsberatung machen, keine Zitatevorlesung! – Gegenruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP – Unruhe)

– Ja, dazu komme ich jetzt. Keine Sorge, ich komme jetzt zu dem Teil des Haushalts, der Ihnen, Herr Gall, noch mehr wehtut, als es bisher der Fall war.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ich glaube, das tut Ihrer Truppe mehr weh als mir! – Anhaltende Unruhe)

(Stefan Mappus)

Meine Damen und Herren, einer der Punkte, die wir in der Großen Koalition beschlossen haben, die die Menschen in diesem Land entlasten und die im Jahr 2010 vom Volumen her am stärksten wirken, ist die Abschaffung der kalten Progression bzw. der Einstieg in die Abschaffung der kalten Progression.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Können Sie auch etwas anderes als nur Sprechblasen?)

Herr Kollege Schmiedel, dies haben wir gemeinsam beschlossen.

Anfang des letzten Jahres haben Sie bei diesem Thema noch die großen sozialdemokratischen Tugenden gepriesen, dass die weniger Wohlhabenden endlich wieder mehr Geld im Geldbeutel haben.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Studiengebühren!)

Nun, nachdem Sie in Berlin abgewählt wurden, ist das alles für Sie plötzlich Teufelszeug. Jetzt ist die kalte Progression ein Instrument, das die Länderhaushalte marode macht, das den Reichen mit Steuergeschenken – das ist Blödsinn, wenn man Steuerpolitik kennt – das Geld vor die Füße wirft. Von alledem wollen Sie jetzt nichts mehr wissen.

Ich kann nur sagen: Dieses Wachstumsbeschleunigungsgesetz und die Regelungen, die zuvor verabschiedet worden sind, die die Wirtschaftsakteure in diesem Land entlasten, damit sie wieder stärker konsumieren und investieren können, damit sie die Konjunktur wieder in Schwung bringen –

(Zuruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

was jetzt auch greift –, sind richtig. Hören Sie endlich auf, alles schlechtzureden,

(Abg. Peter Hofelich SPD: Machen wir doch gar nicht!)

vor allem das, was Sie selbst vor Kurzem noch mit beschlossen haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Nils Schmid SPD)

Ich habe übrigens kein Problem damit – im Gegenteil: ich finde es gut –, wenn man Einsparvorschläge macht.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Nur Sprechblasen! – Weitere Zurufe, u. a. der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

Man sollte schon einmal genau hinschauen, wen Sie treffen. Ich bin der Überzeugung, dass man bei der Steuerpolitik immer genau hinschauen muss, wen wir entlasten wollen. Ich bleibe dabei: Die Bezieher niedriger und mittlerer Einkommen in Deutschland müssen entlastet werden. Den ersten Schritt haben wir getan.

(Zuruf des Abg. Nikolaos Sakellariou SPD)

Der zweite Schritt geht im Moment nicht. Aber er ist für die nahe Zukunft wünschenswert. Aber genauso, wie wir diese Steuerentlastungen aus Überzeugung gemacht haben, sollte man hinschauen, wen man trifft, wenn man die Vorschläge

macht, die manche in diesem Land, schwerpunktmäßig von der Opposition, ständig vorbringen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Oje!)

Meine Damen und Herren, ich bin sehr dafür, den Personalhaushalt zu durchkämmen. Ich sage Ihnen – anschließend an das, was ich bereits gesagt habe, nämlich dass man in der Krise nicht das Bremspedal treten kann – genauso vorher, dass man nach der Krise so das Bremspedal treten muss, wie es bisher wahrscheinlich noch nie der Fall war. Ich hoffe, dass Sie dann auch noch an Bord sind; das einmal ganz nebenbei.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Nach der Landtagswahl!)

Wenn Sie den Personalhaushalt in Baden-Württemberg anschauen und feststellen, dass 90 % der Kosten der Stellen bei der Polizei, bei den Lehrern, bei den Hochschulen, bei der Finanz- und der Justizverwaltung entstehen

(Lachen der Abg. Theresia Bauer GRÜNE – Abg. Ursula Haußmann SPD: Butter bei die Fische! – Weitere Zurufe, u. a. der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

und nur 10 % in allen anderen Bereichen, dann will ich von Ihnen Butter bei den Fischen, wenn es um die Frage geht, wo wir sparen sollen. Wollen Sie, dass wir an den Hochschulen sparen? Wollen Sie, dass wir an den Schulen sparen? Wollen Sie, dass wir bei der Polizei sparen?

(Abg. Reinhold Gall SPD: Was reden Sie denn ins Blaue hinein? Das ist doch dummes Zeug! – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Wo wollen Sie denn sparen? Sagen Sie es doch!)

Wollen Sie, dass wir in der Finanzverwaltung sparen? Wollen Sie, dass wir in den Gefängnissen Personal abziehen? Wenn Sie das wollen, dann sagen Sie es doch. Aber reden Sie nicht ständig einen Stuss heraus, indem Sie sagen, wir müssten endlich sparen, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Sehr gut! – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Wo wollen Sie denn auf die Bremse treten? Sagen Sie doch einmal, wo Sie sparen wollen! – Unruhe)

Um eines klar zu sagen – das entspricht meiner persönlichen Meinung –: Ich bin bester Dinge, dass die große Mehrheit sogar aus Ihren Reihen, auch das tolle steuerpolitische Tandem Schmid/Schmiedel, meine Damen und Herren – – Was Sie abliefern, ist besonders bemerkenswert, Herr Schmid. Deshalb sollten Sie einmal ein bisschen zurückhaltend sein.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Zu dem, was Sie abliefern, haben Sie noch gar nichts gesagt! – Unruhe)

Sie haben noch nie einen substanziellen Vorschlag gemacht.

(Lebhafte Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Außer blanker Polemik kommt von Ihnen nichts, auch in den letzten Tagen nicht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist unglaublich!)



(Stefan Mappus)

Ich halte es für falsch, im Bereich der Bildungspolitik zu sparen.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Keine Ahnung! Wo wollen Sie sparen? – Weitere Zurufe von der SPD – Unruhe)

– Dass Sie aufgeregt sind, verstehe ich. Wenn ich die letzte Umfrage vom Dezember an Ihrer Stelle gelesen hätte, wäre ich das auch, Herr Schmid.

(Lebhafte Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Peter Straub:** Meine Damen und Herren – Entschuldigung, Herr Kollege Mappus –, ich darf doch bitten, sich mit Zwischenrufen zu mäßigen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Warum denn? – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

– Weil man nichts mehr verstehen kann.

**Abg. Stefan Mappus** CDU: Meine Damen und Herren, wir sparen nicht bei der Bildung.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Er soll eine Rede zum Haushalt halten!)

Wir schaffen 3 840 zusätzliche Lehrerstellen.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Wo sparen Sie denn?)

Wir sparen nicht bei der Polizei. Wir stellen 800 neue Anwärter pro Jahr zusätzlich ein.

Ich sage Ihnen auch – das ist meine persönliche Meinung, aber ich bin mir relativ sicher –, dass die große Mehrheit dieses Parlaments inklusive Teilen von Ihnen – jedenfalls im Vier-Augen-Gespräch – das genauso sieht –:

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Ojemeine!)

Ich bin nicht bereit, bei Kindern zu sparen, und ich bin nicht bereit, bei den Schwächsten zu sparen. Deshalb ist es aus meiner Sicht der Dinge beim Thema Lehrer und beim Thema Landeserziehungsgeld so richtig, wie wir es machen. Diese Bereiche sind nicht dazu geeignet, hier möglichst rasch Mittel zu kürzen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Sehr gut! – Weitere Zurufe, u. a. der Abg. Reinhold Gall SPD und Winfried Kretschmann GRÜNE)

Meine Damen und Herren, die Aufstellung des Doppelhaushalts 2010/2011

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Jetzt! Butter bei die Fische! Sie haben noch zwei Minuten!)

als Haushalt des Krisenmanagements war ohne Frage keine leichte Aufgabe. Sie war erst der Auftakt einer Reihe von großen politischen Herausforderungen, die in den kommenden Jahren auf uns zukommen werden. Sobald sich die Wirtschaft stabilisiert hat und die Krise überwunden ist,

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Wollen Sie sparen!)

müssen wir in der Tat auch in diesem Haushalt noch stärker an die Strukturen herangehen, als wir das bisher gemacht haben.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Aha!)

Aber genau deshalb zeigt auch in diesem Haushalt, auch in der mittelfristigen Politik, die Kurve der Neuverschuldung bereits im Jahr 2011 wieder deutlich nach unten. Wir werden alles daransetzen, die Tilgungsvorgaben der Landeshaushaltsordnung und die Anforderungen der Schuldenbremse pünktlich zu erfüllen,

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Wie denn? – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

was in Baden-Württemberg keine geringe Herausforderung ist.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wie wollen Sie das machen? Etwas Konkretes! – Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Wir bekräftigen gerade unter dem Eindruck der Krise unser Ziel, dass die öffentliche Hand in normalen Jahren mit dem Geld auskommen muss, das sie einnimmt. Übrigens kann ich nur sagen: Ich kenne in der Geschichte der Bundesrepublik kein SPD-regiertes Land, das das geschafft hat.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Mecklenburg-Vorpommern! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Berlin! – Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Ich kenne aber drei unionsregierte Länder, die das in den letzten Jahren gemacht haben. Darunter ist auch Baden-Württemberg, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir werden alles dafür tun, dass wir schnellstmöglich wieder zur Nullneuverschuldung zurückkommen. Deshalb hat der Doppelhaushalt 2010/2011

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Kein einziger Vorschlag! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Etwas Konkretes! – Unruhe)

das richtige und für die Krisensituation angemessene Gleichgewicht von aktiver Krisenbekämpfung und Ausgabebegrenzung. Wir investieren damit in Bildung, in Innovation, in Infrastruktur, in neues Wachstum. Das sind unsere Ziele für Baden-Württemberg auf seinem Weg aus der Krise.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD: Null! Absolut null!)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schmiedel.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jetzt kommt die Weisheit! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Jetzt wird es schwer! – Abg. Stefan Mappus CDU: Jetzt sind wir auf die Vorschläge gespannt! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Jetzt wird es einmal konkret! Aufpassen, Herr Mappus!)

**Abg. Claus Schmiedel SPD:** Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Mappus, Sie haben sich in Ihrer Rede mit drei Themen auseinandergesetzt. Das war zum einen die Frage: Wie ist die wirtschaftliche Situation in Baden-Württemberg einzuschätzen, und was ergibt sich daraus?

Als Zweites haben Sie sich mit den zahlreichen Vorschlägen der SPD, die auf dem Tisch liegen, auseinandergesetzt.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wenigstens einer, der darüber redet! – Heiterkeit des Abg. Stefan Mappus CDU)

Drittens haben Sie einige allgemeine Bemerkungen zum Landeshaushalt 2010/2011 beigetragen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Aber sehr allgemein! – Zurufe der Abg. Rainer Stichelberger SPD und Karl Zimmermann CDU)

Ich möchte das, was ich sagen will, in zwei Abteilungen gliedern. Das betrifft zum einen die Frage, die Sie als Erstes angesprochen haben: Wie ist die wirtschaftliche Situation in Baden-Württemberg einzuschätzen? Als Zweites will ich natürlich zum Landeshaushalt 2010/2011 sprechen und in diesem Zusammenhang auf das Tohuwabohu und das völlige Durcheinander von Konzeptionen und Vorschlägen in der Union verweisen.

Zunächst zur wirtschaftlichen Situation. Wenn man Ihnen zugehört hat, weiß man schon, wie die Überschrift der Regierungserklärung beim neuen Kabinett Mappus lautet: Alles wird gut.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP – Abg. Ursula Haußmann SPD: Schwarze Nullnummer! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das Gegenteil von dem, was Sie erzählen! – Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Karl Zimmermann: Ja, ist das nicht in Ordnung? – Gegenrufe von der SPD – Unruhe)

In Baden-Württemberg ist sozusagen alles – – Aufgrund der Analyse, dass von allein alles gut wird,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das geht nicht von allein! – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

rechtfertigen Sie eine weitere Zurückhaltung der Landesregierung

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Eine Sternstunde der Sozialdemokratie!)

bei entscheidenden Fragen, die die Wirtschaft in Baden-Württemberg betreffen.

Jetzt will ich einige andere Kennziffern nennen, die für uns jedenfalls Alarmsignale sind und die darauf hindeuten, dass es tatsächlich eklatanten Handlungsbedarf in Baden-Württemberg gibt.

(Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

Natürlich kommen wir von einer ausgesprochen guten Ausgangslage bei der Arbeitslosenstatistik her. Trotzdem sind die Zuwachsraten bei uns sehr viel höher als in anderen Bundesländern.

(Lachen des Abg. Stefan Mappus CDU – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Erschreckend ist vor allem, dass jeder zweite Arbeitsplatz, der im letzten Jahr in der Bundesrepublik weggefallen ist – das hat noch nichts mit der Arbeitslosenstatistik zu tun, sondern es geht um Arbeitsplätze, die weggefallen sind –, in Baden-Württemberg weggefallen ist – jeder zweite!

(Abg. Stefan Mappus CDU: Das ist doch Quatsch! – Gegenrufe von der SPD: Doch!)

Deshalb verwundert es auch nicht, wenn der Chef – – Herr Mappus, da brauchen Sie nicht den Kopf zu schütteln. Das ist eben so.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Denken Sie doch einmal nach! Das geht doch gar nicht!)

– Doch, das ist so. 40 000 von 80 000 in Deutschland weggefallenen Arbeitsplätzen, jeder zweite Arbeitsplatz ist bei uns in Baden-Württemberg weggefallen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es! Und zwar industrielle!)

Ich sage Ihnen auch gleich, warum.

Deshalb verwundert es auch nicht, wenn der Chef der Bundesagentur für Arbeit, Herr Weise, sagt: Wir haben Hochrisikoländer, was den Arbeitsmarkt angeht. Das sind Baden-Württemberg und Bayern. Das hat seinen Grund. Denn wir sind von dieser Krise besonders betroffen, und von allein wird das Ganze nicht wieder gut. Vielmehr versuchen die Unternehmen in dieser Krise natürlich, wettbewerbsfähiger zu werden. Aber wie machen sie das? Indem sie automatisieren und rationalisieren und an- und ungelernete Arbeitskräfte dadurch überflüssig machen.

Deshalb ist es ein Gebot der Stunde, dass wir in dieser Situation alles tun, um diese An- und Ungelernten, von denen wir die höchste Zahl in der Bundesrepublik haben, zu qualifizieren, damit sie nach der Krise eine Chance haben und nicht auf Dauer arbeitslos sind.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

Das Zweite: Sie haben darauf hingewiesen, dass die Aufträge zunehmen. Das wissen wir auch. Aber um neue Aufträge bearbeiten zu können, muss man Vorleistungen finanzieren. Vorleistungen in guten Zeiten zu finanzieren ist für alle Unternehmen in Baden-Württemberg kein Problem. Sie haben aber ein schreckliches Jahr hinter sich. Sie haben ihre Reserven aufgebraucht und haben zum Teil in erheblichem Umfang Eigenkapital aufgebraucht. Im Kern der Industrie in Baden-Württemberg, im Werkzeugmaschinenbau, beträgt der Abbruch nicht 30 %; vielmehr sind es da 50 % und mehr. Da ist kaum noch Substanz vorhanden. Deshalb sagen die Unternehmen: Wir brauchen eine Unterstützung.

(Claus Schmiedel)

Jetzt bringen Sie Wirtschaftsbeamte als Kronzeugen, die den ganzen Tag in ihrem Büro sitzen und irgendwelche Statistiken lesen.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Das sagen wir denen aber!)

– Das können Sie ihnen sagen. Das lesen die auch selbst.

(Lachen des Abg. Stefan Mappus CDU)

Deshalb reden wir lieber mit den Unternehmern selbst.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Ingo Rust SPD: So ist es!)

Jedes Unternehmen der Metallbranche, in das wir gehen, sagt: „Jedes Instrument, das uns hilft, an der Hausbank vorbei unsere Finanzierung für das nächste Jahr und die darauffolgenden Jahre sicherzustellen, ist ein gutes Instrument.“ Deshalb: Machen Sie Druck, dass es einen Baden-Württemberg-Fonds oder eine Mittelstandsanleihe gibt.

Wenn ich Herrn Hundt treffe – das ist nun ein richtiger Unternehmer –, dann sagt er: „Herr Schmiedel, was macht Ihr Baden-Württemberg-Fonds? Kommt er jetzt endlich? Die Unternehmen warten darauf, dass es eine Unterstützung bei der Finanzierung ihrer Zukunftsaufgaben gibt.“

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

In der Presse steht heute – ich weiß gar nicht, wann man Ihnen Ihre Texte aufschreibt –:

(Heiterkeit)

„Autozulieferer vor einer weiteren Pleitewelle – Finanzierung des Aufschwungs wird zum Problem“. Es gibt einen Finanzgipfel bei Frau Merkel. Da hat man über das Thema gesprochen. Das Ergebnis dieses Finanzgipfels war, dass Herr Ackermann von der Deutschen Bank sagt: „Der Mittelstand erhält einen Eigenkapitalfonds.“ Es gibt also ein Problem mit dem Eigenkapital.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Seit wann ist Herr Ackermann Ihr Kronzeuge?)

Nur, das Problem ist: Das, was Herr Ackermann sagt, ist das eine, und das, was geschieht, ist das andere. Den Fonds gibt es heute noch immer nicht.

Ich will nur darauf aufmerksam machen: Ihre Analyse, dass alles von allein besser werde, ist falsch. Wenn Sie die Regierung übernehmen und weiterhin sagen: „Bürgschaften reichen, und im Notfall erhöhen wir den Bürgschaftsrahmen“ – Bürgschaften sind dann sinnvoll, wenn Unternehmen kreditwürdig sind und einen Kredit bekommen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Wenn ein Unternehmen aber keine Sicherheit mehr zu bieten hat – das heißt, wenn das Eigenkapital weitgehend aufgezehrt ist –, dann hilft die Bürgschaft nicht, weil es keinen Kredit gibt.

(Zuruf des Abg. Stefan Mappus CDU)

Dann bedarf es einer Eigenkapitalunterstützung. Das ist mittlerweile doch bei allen durch.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Stefan Mappus CDU – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD: Jetzt wird es blamabel!)

Sie tragen eine hohe Verantwortung, wenn in der Krise wesentliche Substanz in Baden-Württemberg auf der Strecke bleibt. Sie tragen eine hohe Verantwortung, wenn Sie weiterhin durch Untätigkeit glänzen und sagen: „Alles wird gut. Wir sind in Baden-Württemberg so gut, das regelt sich von allein.“ Nichts regelt sich von allein.

(Beifall bei der SPD)

Ich will ein Thema aufgreifen, das auch zum Haushalt gehört. Das ist Ihre Annahme, wir könnten die Wirtschaft auch in Schwung bringen, indem wir die Steuern senken. Das ist in Ihren Augen ja eine Tätigkeit: Wir senken die Steuern und tragen damit wesentlich dazu bei, dass die Wirtschaft in Schwung kommt.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU)

Zu dem Kronzeugen, den Sie jetzt genannt haben – Herrn Schiller –, sage ich: letztes Jahrhundert; kein Bezug zur aktuellen Situation, in der wir uns befinden. Dazu kann ich Ihnen vielmehr lebende Zeugen zitieren. Z. B. hat Herr Franz, der Vorsitzende der Wirtschaftsweisen,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das wissen wir!)

sinngemäß gesagt:

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das ist bestimmt auch ein Beamter!)

Dass man durch Steuersenkungen ein solches Wirtschaftswachstum induziert, dass dies die Einnahmeausfälle aufgrund von Steuersenkungen durch zusätzliche Steuereinnahmen praktisch wieder ausgleicht, funktioniert nur beim Baron von Münchhausen. Es ist eine Lügengeschichte.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Lachen des Abg. Stefan Mappus CDU – Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Ich sage Ihnen: Sie müssen aufpassen, dass Sie nicht als „Baron Mappus“ in die Landesgeschichte eingehen,

(Oh-Rufe von der CDU)

der an dieses Lügenmärchen auch noch glaubt und es weiter propagiert.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Die CDU hat eine Affinität zu den Adligen! Vorsicht! – Abg. Jörg Döpfer CDU: Vom „Brutus“ zum „Baron“! – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Ich kann Ihnen aber auch noch Herrn Koch zitieren:

*Steuersenkungen haben für das Wirtschaftswachstum eine geringere Bedeutung, als viele glauben.*

Unter den vielen meint er auch Sie.

(Claus Schmiedel)

Um vielleicht auch jemanden aus diesem Haus hier zu zitieren, solange er noch hier ist: Der Ministerpräsident selbst sagte:

*Ich erwarte von jedem, der Steuern senken will, die Antwort auf die Frage, wie er das schaffen will.*

Diese Antwort, Herr Mappus, sind Sie komplett schuldig geblieben.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Sie haben vage spekuliert und gesagt: „Wir treten dann auf die Bremse.“ Dann haben Sie über das geschimpft, was wir als Einsparungspotenziale vorschlagen. Sie haben all die Bereiche genannt, wo Sie nicht sparen wollen, aber Sie sagen, Sie treten „kraftvoll auf die Bremse“. Sie haben überhaupt keine Antwort. Sie haben nicht die Bohne eine Antwort auf die Frage, wie Sie den Haushalt in Ordnung bringen wollen, und wollen weiter Steuern senken.

Jetzt zitiere ich noch einmal Herrn Oettinger,

(Abg. Stefan Mappus CDU: Herr Ministerpräsident Oettinger!)

der wörtlich sagte:

*Ich glaube, wir sollten ehrlich sein und dem Bürger sagen, dass er in den nächsten Jahren von seinem Bruttoeinkommen netto nicht mehr haben wird.*

Dieser Appell zur Ehrlichkeit richtet sich auch an Sie, Herr Mappus.

(Beifall bei der SPD – Lachen des Abg. Stefan Mappus CDU)

Die Analyse ist doch ganz einfach.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Warum haben Sie Maßnahmen gegen die kalte Progression noch im letzten Jahr verteidigt?)

– Das sage ich Ihnen gleich.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Da bin ich aber gespannt! 6 Milliarden €!)

Die Analyse ist doch ganz einfach. Wir müssen erst die Analyse von Herrn Oettinger noch einmal anführen und darlegen, warum er sagt, es bleibe netto nicht mehr übrig. Er sagt, wenn wir jetzt die Steuern senken, dann führe das zu Einnahmeausfällen – insbesondere bei den Kommunen – und dann würden die Kommunen kommen und es von den Bürgern wieder holen, weil ihnen das Wasser bis zum Hals steht.

(Zurufe)

Sie können doch jeden Tag die Appelle der Kommunen in den Zeitungen lesen. Sie könnten doch sagen, sie könnten es nicht mehr stemmen.

Dann geben Sie noch einmal etwas obendrauf und noch einmal und nehmen dann einmal etwas herunter. Dann gehen die

Kommunen hin und erhöhen die Gebühren für das Abwasser, erhöhen die Gebühren für den Kindergarten oder sonst irgendwas: linke Tasche, rechte Tasche. Die Armen zahlen die Zechen für Ihre Steuersenkungen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Jetzt zu der Steuersenkung, die wir gemeinsam beschlossen haben. Das ist der größte Brocken.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wer zahlt die Gebühren ab? – Abg. Stefan Mappus CDU: Und die kalte Progression!)

Das betrifft zunächst die Anrechnung der Aufwendungen für die Gesundheit usw.:

(Abg. Stefan Mappus CDU: Bundesverfassungsgericht!)

10 Milliarden €.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Ja!)

Das basiert auf einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Es betrifft genau diejenigen, von denen Sie sprechen und von denen auch ich gesprochen habe, nämlich diejenigen, die bei einem Einkommenszuwachs tatsächlich sehr stark zur Kasse gebeten werden.

Jetzt ist da etwas passiert. Das muss man auch zur Kenntnis nehmen. 10 Milliarden € sind kein Pappenstiel, auch wenn das kein politischer Beschluss war, sondern das Bundesverfassungsgericht uns das auferlegt hat; es ist kein Pappenstiel. Das entlastet tatsächlich. Wenn man jetzt noch berücksichtigt, dass wir null Inflation haben, dann ist jetzt nicht die oberste Priorität, noch einmal die Steuern zu senken.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vielmehr gibt es dann eine klare Priorität: Haushalt konsolidieren, investieren. Wenn dann noch etwas übrig bleibt, dann können wir darüber reden, ob wir noch Potenziale für Steuersenkungen haben. Aber erst müssen die ersten beiden Punkte umgesetzt werden. Das ist unsere Reihenfolge.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Stefan Mappus CDU: Was ist mit der kalten Progression? Sie haben wieder nichts dazu gesagt!)

Jetzt zum Haushalt 2010/2011: Die Regierung Oettinger, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist angetreten – das kann man in der Regierungserklärung nachlesen –, um zwei Hauptaufgaben in Angriff zu nehmen. Der Ministerpräsident hat für seine Regierungszeit zwei Schwerpunkte gesetzt: Der eine war die Haushaltskonsolidierung – ausgeglichener Haushalt, Einnahmen und Ausgaben in Übereinstimmung bringen –, und der andere war das sogenannte „Kinderland“ Baden-Württemberg.

Wenn wir uns jetzt mit dem vorliegenden Haushalt beschäftigen und ihn der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten gegenüberstellen und fragen: „Was hat er erreicht?“, dann muss ich sagen: eine vollkommene Bruchlandung. Keines der beiden Ziele wurde auch nur annähernd erreicht.

(Claus Schmiedel)

Wenn Sie, Herr Mappus, darauf hinweisen, dass wir im Krisenjahr 2010 und auch noch im Krisenjahr 2011 den Haushalt nicht zurückfahren dürfen, um der Krise nicht noch einmal Nachdruck zu verleihen, dann sind wir ganz bei Ihnen. Bei unseren Vorschlägen wird der Haushalt auf derselben Höhe gehalten. Das ist gar nicht das Thema. Das Thema ist vielmehr, dass Herr Oettinger sein oberstes Ziel, einen ausgeglichenen Haushalt zu haben, in seiner Regierungszeit nur einmal erreicht hat.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP sowie Abg. Dr. Stefan Scheffold und Abg. Stefan Mappus CDU: Zweimal!)

– Nur einmal.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Zweimal!)

– Nein! Zweimal auf dem Papier, aber nur einmal in der Realität.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So, so! Was Sie alles wissen!)

– Das weiß ich, weil ich im Gegensatz zu Ihnen die Vorlagen der Regierung lese.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Lesen Sie einmal weiter! – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Lesen Sie weiter!)

Deshalb lese ich Ihnen eine Passage aus dem Bericht des Finanzministeriums zum vorgelegten Haushaltsentwurf vor. Das steht auf Seite 6. Herr Kollege Röhm, das können Sie nachlesen:

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

*Für das Jahr 2009 wird aufgrund eines dramatischen Rückgangs der Steuereinnahmen ein negativer Finanzierungssaldo erwartet.*

Er spricht von „Finanzierungssaldo“ oder „Delta“. Das sind die neumodischen Umschreibungen dafür, dass am Ende immer ein Minus übrig bleibt,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: „Delta“ ist schon etwas älter!)

das heißt, dass zusätzliche Schulden gemacht werden müssen. Das heißt, dass die Nullneuerschuldung im Jahr 2009 zwar auf dem Papier steht, aber nicht erreicht wurde. 2008 war das einzige Jahr, in dem sie erreicht wurde.

Ihre Überheblichkeit gegenüber anderen Ländern sollten Sie zurücknehmen. Andere Länder haben schon im Jahr 2007 einen ausgeglichenen Haushalt vorgelegt. Dazu gehört Bayern, aber auch Berlin.

Mecklenburg-Vorpommern hat sogar im Jahr 2010 – –

(Abg. Stefan Mappus CDU: Berlin? Ist jetzt Fatsching, oder was? – Weitere Zurufe – Lebhaftes Unruhe)

– Ja, natürlich Berlin! Das können Sie nachlesen.

Jetzt haben wir – hat er – es ein einziges Mal geschafft, einen ausgeglichenen Haushalt zu haben.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Zweimal! Berlin als Beispiel für Baden-Württemberg! Glückwunsch, Herr Schmiedel!)

Jetzt geht es nicht nur um die Krisenjahre. Es geht auch noch um die Jahre 2012 und 2013. Was wir in diesen Tagen zur Kenntnis nehmen ist, dass wir, wenn die Krise im Jahr 2011 zu Ende sein wird – das erwarten wir ja alle –, dann wirtschaftlich wirklich wieder Tritt gefasst haben werden, dass es dann aber im Haushalt von Baden-Württemberg gerade so weitergeht – neue Milliarden von Schulden –, ohne dass Sie irgendeine Vorstellung davon haben, wie Sie dieser Situation Herr werden.

Sie haben den Haushalt in Ihrer Regierungszeit an die Wand gefahren, Herr Oettinger. Es tut mir leid, das so feststellen zu müssen.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ha no! – Abg. Stefan Mappus CDU: Jetzt macht er aber das Richtige! – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Immer schon gemacht! – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Unruhe)

Da hilft es auch nichts, wenn man versucht, das zu verschleiern. Ich erinnere einmal an die Begründungen, die Sie im letzten Jahr dafür gegeben haben, dass die – –

(Die Mikrofonanlage im Plenarsaal fällt aus. – Abg. Stefan Mappus CDU: Jetzt macht er auch noch das Mikrofon kaputt! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das Mikrofon hat recht! – Vereinzelt Heiterkeit – Lebhaftes Unruhe)

– Das ist nicht nur das Mikrofon. Hier am Rednerpult ist alles abgeschaltet.

(Anhaltendes lebhaftes Unruhe – Abg. Klaus Herrmann CDU: Wo haben wir den Verstärker? – Heiterkeit des Abg. Stefan Mappus CDU – Abg. Thomas Blenke CDU: Der Verstärker hat sich automatisch abgeschaltet! – Abg. Reinhold Gall SPD zur CDU: Hier sollten Sie einmal für Ruhe sorgen, zumal das Mikrofon nicht geht! – Zuruf des Abg. Stefan Mappus CDU)

– Wir können jetzt darüber entscheiden, ob wir weitermachen. Dafür muss es aber ruhiger sein.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, so machen wir es! Wir sind ganz Ohr und sind leise! – Abg. Stefan Mappus CDU: Es wird auch leise gehen! – Fortgesetztes Unruhe)

– Mir ist das egal. Ich glaube, ich dringe mit meiner Stimme durch.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So leise geht es dann! Wir können es auch so hören! – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU – Fortgesetztes Unruhe)

**Präsident Peter Straub:** Ich unterbreche die Sitzung für die Dauer von zehn Minuten.

(Unterbrechung der Sitzung: 10:57 Uhr)

\*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 11:13 Uhr)

**Präsident Peter Straub:** Meine Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Im Fernsehen würde man sagen: „Wir sind in einer Livesendung; das kann passieren.“ Die technische Anlage ist wohl so veraltet, dass es wirklich an der Zeit ist, hier einmal etwas Neues zu installieren. Ich versichere allerdings, dass ich das nicht absichtlich herbeigeführt habe.

Ich darf das Wort jetzt wieder Herrn Kollegen Schmiedel erteilen, und zwar für eine restliche Redezeit von 13 Minuten.

(Abg. Georg Nelius SPD: Zweiter Versuch!)

**Abg. Claus Schmiedel SPD:** So.

(Zurufe: Jetzt geht's los!)

Wahrscheinlich waren die Argumente einfach zu stark.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei Abgeordneten der CDU – Abg. Stefan Mappus CDU: Für die Mikrofonanlage! – Vereinzelt Heiterkeit – Zuruf: Alle sind davongelaufen!)

Möglicherweise muss man sich aber mit dem Thema Neubau noch intensiver beschäftigen, als man das bisher vorhatte.

(Beifall der Abg. Reinhold Gall SPD und Stefan Mappus CDU – Abg. Reinhold Gall SPD: Richtig! – Abg. Stefan Mappus CDU: Endlich einmal eine gute Passage in der Rede! – Heiterkeit)

Nach dieser Unterbrechung fange ich jetzt mit dem zweiten Schwerpunkt an, den sich der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung gegeben hat, nämlich mit dem „Kinderland“. Ich will einmal gegenüberstellen, was der Haushalt und die Landespolitik zu diesem Thema aussagen.

Vielleicht noch einmal ganz aktuell dazu: Während wir hier debattieren, demonstrieren in angemessener Entfernung, aber noch immer in Sichtweite des Landtags 20 000 Schülerinnen und Schüler aus Baden-Württemberg. Warum? Weil Sie den Schülerinnen und Schülern an Privatschulen zugesagt haben, dass die Privatschulen 80 % der Kosten von Schülern an staatlichen Schulen erstattet bekommen, und Sie jetzt im Haushalt wieder deutlich darunter bleiben.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Das schafft kein Vertrauen. Versprochen, gebrochen. Versprechungen sind aber zu halten. Deswegen sind wir sehr solidarisch mit den Schülerinnen und Schülern,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

die da draußen demonstrieren, damit sie endlich die zugesagte Unterstützung des Landes bekommen.

Ich muss noch einmal daran erinnern, Frau Berroth – das ist im Nachhinein wirklich peinlich –,

(Zurufe der Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel und Heiderose Berroth FDP/DVP)

mit welcher Zeremonie das hier begleitet wurde. Sie haben gesagt: „Wir haben den Durchbruch geschafft. Endlich ist es so weit. Es ist im Grundsatz durch, und es kommen – alle können sich darauf verlassen – 80 %.“ Es ist wie in anderen Fällen im sogenannten „Kinderland“ Baden-Württemberg: Es werden Zusagen gemacht, dann werden sie wieder zurückgeholt, und die Beteiligten bleiben dabei auf der Strecke.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Besonders entlarvend in diesem Zusammenhang ist eine neue Titelgruppe 72 im Haushalt des Ministeriums für Arbeit und Soziales. Das „Kinderland“ muss sich ja auch als „Kinderland“ im Haushalt niederschlagen. Wenn man in diese Titelgruppe schaut – sie ist überschrieben mit: Maßnahmen zur Weiterentwicklung des „Kinderlands Baden-Württemberg“ –, sieht man beim veranschlagten Personalaufwand für das Jahr 2010: 0,0.

(Zurufe von der SPD: Was?)

– Es steht so drin: 0,0. – Im Jahr 2011: 0,0. Dienstleistungen Dritter und dergleichen im Jahr 2010: 0,0; im Jahr 2011: 0,0.

(Zuruf von der SPD: Schwarze Null! – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das sind die Vorjahre!)

– Das sind nicht Vorjahre, sondern das sind die Jahre 2010 und 2011. Das ist eine neue Titelgruppe, das heißt, da sind die Vorjahre immer mit null angegeben. Das ist klar.

Zuweisungen für laufende Zwecke an Gemeinden und Gemeindeverwaltungsverbände im Jahr 2010: 0,0.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Das ist die schwarze Null!)

2011: 0,0. Sie schaffen hier einen neuen Haushaltstitel, eine neue Titelgruppe, und stattdessen das mit null aus. Das ist Ihr versprochenes „Kinderland“. Wenn man an das Kleingedruckte geht, dann wird es besonders makaber. Da heißt es nämlich: „Die Mittel sind übertragbar.“

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Gleich fällt die Mikrofonanlage wieder aus!)

Es ist eine Propagandaschlacht, die Sie um das „Kinderland“ führen. Sie haben auf Ihrem Parteitag sogar das „Kinderland plus“ entdeckt und haben noch einmal aus Ihrer Sicht Wegweisendes diskutiert, wie das „Kinderland“ insbesondere im Bildungsbereich weiterentwickelt werden soll.

(Zuruf von der SPD: Plus null! – Abg. Alfred Winkler SPD: 0,0!)

Ich will jetzt einmal jemanden zitieren, der ganz unverdächtig ist, denn ich zitiere Frau Staab, die Vorsitzende des Landeselternbeirats, die nicht unserer, sondern Ihrer Partei ange-

(Claus Schmiedel)

hört. Sie sagt wörtlich zu Ihren Beschlüssen zum „Kinderland plus“:

*Mir fehlt bei der CDU jegliche Vision, wie Schule besser werden könnte.*

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Da hat sie recht! –  
Abg. Alfred Winkler SPD: 0,0! – Abg. Hagen Kluck  
FDP/DVP: Was hat Helmut Schmidt zu „Visionen“  
gesagt?)

„Jegliche Vision“. Das ist etwas, was wir Ihnen, Herr Oettinger, am Ende Ihrer Amtszeit als Ministerpräsident vorwerfen: dass Sie es nicht vermocht haben, Bewegung in die Bildungslandschaft in Baden-Württemberg zu bringen. Das ist nicht nur unser Eindruck, sondern das ist ein Eindruck, der in Baden-Württemberg weit verbreitet ist.

(Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Alles, was nicht in die ideologischen Kästen von Herrn Rau passt, wird abgelehnt und blockiert. Frau Staab weist darauf hin: Wesentliche Verbesserungen finden in der Schule dann statt, wenn es Schulsozialarbeit gibt, wenn es Freiräume gibt, wenn man Schulentwicklungen zulässt. All das findet nicht statt. Ich verstehe nicht, weshalb Sie, wenn Sie schon das „Kinderland“ Baden-Württemberg in den Mittelpunkt rücken, tatsächlich eine solche Nullnummer hinlegen, sodass am Ende nichts übrig bleibt.

Auch das Gute, das in dem Orientierungsplan auf dem Papier steht, wo gute Konzepte enthalten sind, wird wieder halbherzig, nicht flächendeckend und nicht umfänglich umgesetzt.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Also doch gut!)

– Zum Umsetzen muss man auch etwas Geld dazuschießen. Da kann man keine Nullnummern in den Haushalt einstellen, Herr Kollege.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Dann ist noch etwas zu sagen: Man kann vieles auch ohne zusätzliche Gelder bewegen, wenn man Entwicklungen zulässt. Nicht nur wir sind diejenigen, die das monieren. Wir haben mit Interesse gelesen, was am Rande des FDP-Parteitags zur Bildungspolitik und auch zum Kultusminister ganz persönlich gesagt wurde.

(Zuruf von der SPD: Was?)

Herr Mappus, einen Ratschlag haben Sie zum neuen Jahr jetzt frei, und zwar ganz umsonst und gut gemeint:

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Vorsicht!)

Wenn Sie Ihr Kabinett aufstellen, dann besetzen Sie eine Stelle neu und bringen Herrn Rau nicht mehr als Kultusminister in Ihr Kabinett.

(Beifall bei der SPD – Abg. Ursula Haußmann SPD:  
Bravo!)

Ich will noch einen anderen Punkt erwähnen, den Sie nicht in den Mittelpunkt Ihres Regierungshandelns gerückt haben, der aber für uns und für viele Unternehmen, für viele Menschen im Land ein ganz zentraler Punkt ist: Wie geht es mit der Ener-

gie in Baden-Württemberg weiter? Auch da haben wir in den vergangenen Jahren eigentlich nur Stillstand erlebt. Der Wirtschaftsminister verkündet lauthals: Wir werden den Anteil der Windenergie an der Stromerzeugung in den nächsten Jahren verdreifachen. Er vergisst aber zu sagen, von welcher Basis aus. Selbst, wenn dieser Anteil verdreifacht wird, liegt er noch immer um ein Zehnfaches hinter anderen Ländern zurück, die dem Thema Windkraft eine andere Dimension gegeben haben. Sie haben gesagt: Darin liegt energie- und wirtschaftspolitisch eine Chance.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So viel Wind können  
nicht einmal Sie machen! – Unruhe)

In Baden-Württemberg ist noch immer alles beim Alten geblieben. Sie setzen auf die Atomkraft, Sie setzen auf konventionelle Energien. Es bleibt eine Restgröße, das ist die regenerative Energie, und was Sie da gezeigt haben, das ist weniger als bescheiden.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt wird es besonders interessant. Wir haben aus der Ferne eine Anhörung in Brüssel miterleben können, eine Anhörung von Ministerpräsident Oettinger

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Der war gut!  
– Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Besondere Qualität!)

in seiner Rolle als zukünftiger Energiekommissar. Seine Antworten haben tatsächlich einige überrascht. Es ging nicht darum, dass er besteht – alles andere wäre wirklich abenteuerlich; das hat auch niemand bezweifelt –, sondern die inhaltliche Position hat einige überrascht. Er wurde nämlich gefragt, wie er es mit der Energiekonzeption der Europäischen Union hält. Darauf hat er gesagt: Er steht voll dahinter, die findet er richtig, die gilt es umzusetzen.

Was sagt die Energiekonzeption der Europäischen Union? Sie sagt: Bis zum Jahr 2020 sollen 20 % Primärenergie eingespart werden.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das wollen wir  
schon lange!)

Dann sollen 20 % der dann noch benötigten Energie – nicht Strom, sondern Gesamtenergie – regenerativ erzeugt werden.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das machen wir doch  
alles!)

Das ist meilenweit, Herr Kollege Röhm, von der Energiekonzeption der Landesregierung Baden-Württembergs entfernt. Meilenweit!

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Jawohl!)

Sie haben sich vorgenommen, 20 % des Stroms bis zum Jahr 2020 regenerativ zu erzeugen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Der Strom bietet aber das größte Potenzial im Rahmen von regenerativ erzeugter Energie. Wenn Sie im Durchschnitt auf einen Anteil von 20 % regenerativ erzeugter Energie kommen

(Claus Schmiedel)

wollen, dann müssen Sie beim Strom bei mindestens 35 % sein. Das ist auch die europäische Dimension.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Da haben wir auch noch Potenzial!)

Dem hat der Ministerpräsident zugestimmt. Er hat gesagt, das wolle er machen. Er hat noch etwas gesagt: Er wolle als europäischer Energiekommissar denjenigen Ländern auf die Beine treten, die diese Konzeption nicht umsetzen.

(Oh-Rufe von der SPD – Abg. Reinhold Gall SPD: Dann wird es eng!)

Da sage ich: Herr Ministerpräsident Oettinger bzw. Herr zukünftiger Energiekommissar, da können Sie sich bei Herrn Mappus anmelden, um ihm die Hammelbeine langzuziehen, wenn nicht energiepolitisch in Baden-Württemberg endlich etwas passiert.

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD und den Grünen – Abg. Reinhold Gall SPD: Dann wird es eng für Herrn Mappus!)

Ich will zum Schluss noch einmal an die Haushaltssituation in Baden-Württemberg anknüpfen. Sie haben die zögerliche Herangehensweise an die Aufstellung des Haushalts damit begründet, dass Sie die Steuerschätzung im November und die Haushaltsbeschlüsse der Bundesregierung abwarten wollten, um diese gleich in den Entwurf einzuarbeiten. Dabei war schon vorher klar, dass 3 Milliarden € im Haushalt von 2010 und 3 Milliarden € im Haushalt von 2011 fehlen. Grundlage dafür war die Steuerschätzung im Mai.

Sie hätten sich an die Arbeit machen können; denn diese 3 Milliarden € sind nicht konjunkturell bedingt – allenfalls die Hälfte. Wenn Sie, Herr Mappus, darauf hinweisen und sagen, es sei eine ganz schwierige Konjunkturlage, dann sage ich Ihnen, dass die Hälfte des Defizits im Jahr 2010 und die Hälfte des Defizits im Jahr 2011 strukturell bedingt sind. Das sind jeweils 1,5 Milliarden €. Sie hätten also längst an die Arbeit gehen können.

Aber das, was Sie beim Haushalt gemacht haben, ist, die Aufstellung vor sich herzuschieben, sich noch immer an der Nettonull festzuklammern, zu sagen, Sie versuchten alles. Dies alles zeigt doch: Es ging Ihnen mehr um den Eindruck einer soliden Haushaltspolitik als um eine konsequente Haushaltspolitik bei der Aufstellung des Haushalts und in der Diskussion darüber, und es ging Ihnen auch nicht darum, sich mit den realen Fakten zu beschäftigen.

Sie haben das Thema bis in dieses Jahr geschoben. Heute diskutieren wir zum ersten Mal darüber, obwohl die baden-württembergische Landesverfassung gebietet, dass der Haushalt im Jahr vor seinem Inkrafttreten verabschiedet wird. Das zeigt eine Schwäche Ihrer ganzen Regierungszeit: Sie sind nicht bereit, den Realitäten ins Auge zu schauen, sondern Sie schieben die Dinge vor sich her, bis es nicht mehr anders geht. Heute liegt der Scherbenhaufen auf dem Tisch, aber nicht nur für die Jahre 2010 und 2011, sondern auch für die Jahre 2012 und 2013.

(Widerspruch bei der CDU)

Sie bleiben jede Antwort darauf schuldig, was in den Jahren 2014 und 2015 passieren soll, um die Höhe der Schulden zu reduzieren. Auf die Bremse treten allein reicht nicht, sondern man muss mit den Menschen ehrlich umgehen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Zum ehrlichen Umgang gehört, zu sagen, dass die Verschuldungssituation des Landes Baden-Württemberg

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

im Vergleich zu anderen Bundesländern mitnichten besser ist. Ich zitiere hier Herrn Gerhard Stratthaus:

*Wir haben eine relativ gute Kapitalmarktverschuldung – hinter Bayern und Sachsen liegen wir auf Rang drei. Wenn man aber die künftigen Kosten der Beamtenpensionen hinzunimmt, rutschen wir auf den letzten Platz ... der Flächenländer.*

(Abg. Ingo Rust SPD: So ist es! Letzter Platz!)

Auf den letzten Platz! Wenn wir jetzt noch dazunehmen, was Sie auf unsere Anfrage, wie viel Sanierungsstau wir in Baden-Württemberg haben, geantwortet haben – das sind ja nur versteckte Schulden; das sind Dinge, die man eigentlich machen müsste, die man aber nicht macht, sondern vor sich herschiebt; das sind versteckte Schulden –, dann kommen noch einmal 8 Milliarden € aufgrund des Sanierungsstaus in Baden-Württemberg hinzu. Das zeigt, dass Baden-Württemberg in einer so prekären Situation ist wie kein anderes Flächenland. Dies unterstreicht noch einmal, dass Sie, Herr Oettinger, mit Ihrer Haushaltspolitik vollständig gescheitert sind.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE)

Jetzt will ich zum Schluss ein letztes Zitat bringen.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Es ist vielleicht das letzte Mal, dass Herr Stächele als Finanzminister zitiert wird,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

wenn man Ihre Einlassungen, Herr Mappus, zur Kenntnis nimmt, wonach Sparvorschläge nach der Aufstellung des Haushalts nicht mehr erwünscht sind. Herr Stächele hat neulich in einer Pressemitteilung seines Ministeriums verkündet:

*Die Forderung nach groß angelegten Steuersenkungen*

– ab 2011 –

*gefährdet die Glaubwürdigkeit der Politik und hat gerade nichts mit Verlässlichkeit zu tun.*

(Abg. Alfred Winkler SPD: Recht hat er!)

Da hat er recht.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)



(Claus Schmiedel)

Das unterstreicht aber, dass Ihrer Regierung, dass der Regierungskoalition jeglicher rote Faden abhanden gekommen ist.

(Zurufe der Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke und Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Es geht drunter und drüber, was das Thema Steuersenkungen anbelangt. Es geht drunter und drüber, was die Verlässlichkeit in der Bildungspolitik anbelangt. Es geht drunter und drüber, was Zusagen anbelangt, z. B. an Eltern von Kindern, die eine Privatschule besuchen. Auf nichts ist Verlass. Es gibt keine Perspektive. Sie sind mit Ihrer Politik am Ende.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall bei den Grünen – Zuruf von der SPD: Bravo! – Oh-Rufe von der CDU – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: So ein „Herumgeschmiedel“!)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

**Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die öffentlichen Haushalte stehen auf der Kippe. Sie stehen auf der Abbruchkante zur Schuldenfalle. Das gilt in Baden-Württemberg genauso wie in anderen Bundesländern. Es nützt nichts, darauf hinzuweisen, dass wir angeblich besser dastünden. Das ist erstens nur bei einer kameralistischen Sicht der Fall.

Zweitens kommen wir nur langsamer in die Schuldenfalle. Aber Kollege Schmiedel hat gerade darauf hingewiesen: Wenn man die versteckten Schulden, nämlich die Pensionskosten, dazunimmt, ist es überhaupt nicht so. Ich erinnere daran, dass wir von jetzt 3,5 Milliarden € Pensionszahlungen im Jahr 2020 schon bei 6 Milliarden € sein werden. Allein das ist eine dramatische Zahl.

Ich sage hier allen, die vonseiten der Regierungsfractionen bisher geredet haben: Wenn man diese Situation weiterhin schönredet, wie Sie es gemacht haben, dann wird es zu spät sein, und dann nähern wir uns ganz schnell dem Point of no Return.

(Zuruf von der FDP/DVP: Wo ist der?)

Dann werden wir immer mehr Zinsen für die Schulden zahlen müssen.

Nüchtern betrachtet: Wenn wir die Dinge so treiben lassen – danach sieht es nach dem Haushalt, den Sie uns vorgelegt haben, und nach dem, was wir hier vom Kollegen Mappus gehört haben, aus –, dann ist jedenfalls eines sicher: Wir werden im Jahr 2020 doppelt so viele Schulden haben und mindestens doppelt so viel an Zinsen zahlen müssen. Ich erinnere daran, dass wir in einer Niedrigzinsphase sind. Wenn die Zinsen um einen Prozentpunkt stiegen, würde der Landeshaushalt dadurch um weitere 400 Millionen € jährlich belastet. Das wäre wirklich eine dramatische Entwicklung.

Nun gibt es zwei Möglichkeiten. Entweder wird die Schuldenbremse im Grundgesetz belassen; dann müssten aus dem Haushalt nicht 2 Milliarden €, wie jetzt, sondern 4 Milliarden € für den Schuldendienst herausgepresst werden. Das entspricht der Größenordnung des Etats des Innenministeriums.

Es wird wohl niemand glauben, dass das tatsächlich zu machen ist.

Die andere Möglichkeit ist, die Schuldenbremse wieder zu schleifen. Dann hinterlassen wir unseren Kindern und Enkeln jedoch tatsächlich den programmierten Staatsbankrott, und die Haushalte werden uns handlungsunfähig machen. Das ist die eigentliche Gefahr.

(Beifall bei den Grünen)

Darum, meine Damen und Herren, müssen wir bei diesem Haushalt damit beginnen, die Ausfahrt aus der Schuldenspirale zu nehmen, und zwar heute und nicht erst nach der nächsten Landtagswahl, im Jahr 2012 oder 2013. Jetzt müssen wir Konsolidierungspfade beschließen, wenn wir den Staat nicht in die Handlungsunfähigkeit führen wollen.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Dr. Rainer Prewo SPD)

Das ist die neue Dimension, Herr Kollege Mappus. Es geht eben nicht darum, die beiden Haushaltsjahre irgendwie zu überstehen; das war ja offensichtlich Ihre Botschaft. Es geht nicht darum, irgendwie über die Landtagswahl zu kommen, und es kann auch nicht darum gehen, Wahlversprechen zur Steuersenkung einzulösen, die im Widerspruch zu jeder Realität stehen. Vielmehr geht es darum, den Staat und die öffentlichen Aufgaben – Bildung, Sicherheit, Umwelt, Kinderbetreuung, Gesundheit – in diesem Land in den nächsten zehn Jahren nicht in die Schuldenfalle fahren zu lassen.

Ich zitiere nochmals den Kollegen Oettinger aus demselben Interview:

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Der hört nicht zu!)

*Auf Landesebene werden mehr Mittel für Kinderkrippen, kürzere Schließzeiten und Ganztagsbetreuung nötig. Alles sinnvolle Aufgaben, die mehr kosten. Gleichzeitig ist nur die Hälfte der neuen Schulden der Krise zuzuschreiben, die andere Hälfte aber strukturell bedingt. Von daher bedarf es einer mutigen Bereitschaft, Streichungen und Kürzungen vorzunehmen, um den Aufgabenzuwachs und die strukturelle Unterdeckung zu bewältigen, die Schuldenbremse und stabile Währung einzuhalten und danach 15 bis 20 Milliarden € für eine Steuerreform zu erwirtschaften.*

„Danach“! Ich halte das zwar für illusionär, aber die Reihenfolge stimmt immerhin.

Weiter sagt Oettinger:

*Ich erwarte tatsächlich von jedem, der Steuern senken will, die Antwort auf die Frage, wie er das schaffen will. Dem Bürger helfen Steuersenkungen nichts, wenn die Beiträge für die Arbeitslosenversicherung oder die Gebühren für Abwasser, Abfall und Wohnen steigen.*

Die Ansage ist klar. Ich möchte auch noch den Ministerpräsidenten Wulff zitieren, der dies schön zusammengefasst hat:

*Die Bürger wollen keine Steuersenkungen auf Kosten ihrer Kinder.*

(Winfried Kretschmann)

Er meinte dazu: Wer will schon Weihnachtsgeschenke, für die er Ostern die Rechnung präsentiert bekommt?

Auch das kann man nur unterstreichen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Der Blickpunkt ist das Jahr 2020, und das Motto heißt: Sicherung der Nachhaltigkeit der Landesfinanzen. Was die Landesregierung dazu bisher vorgelegt hat, ist ohne Perspektive und weicht den Problemen aus. Man wartet nur ab. Das Wenige, was gemacht wird, ist unzureichend. Das alles eröffnet keine Perspektiven. Die Landesregierung will offensichtlich nur eines: Sie will alles bis nach der nächsten Landtagswahl verschieben.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Genau!)

Das ist das „Konjunkturprogramm“, das diesem Haushalt zugrunde liegt. Es hat nur die Konjunktur der eigenen Wahlausichten im Blick.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Herr Stächele, Sie haben bisher immer gesagt: „Wir fahren auf Sicht.“ Dann machen Sie doch einmal die Augen auf!

(Heiterkeit bei den Grünen)

Machen Sie die Augen auf, und schauen Sie, wo es hingeht. Wie aber verhalten Sie sich? Sie verhalten sich wie ein Kommentator am Frühstückstisch. Irgendwann fällt Ihnen, wenn Sie eine Statistik lesen, ein, dass man wohl etwas machen muss. Dann wird irgendeine Drohkulisse aufgebaut, wonach man jetzt zwar nichts tut, es danach aber ganz schlimm wird. Dazu machen Sie noch Vorschläge, bei denen Sie von der eigenen Fraktion sofort zurückgepiffen werden.

Was für ein Regierungsstil ist das eigentlich? So etwas erlaube ich mir nicht einmal als Vorsitzender einer Oppositionsfraktion. Ich verkünde nicht irgendwelche Dinge, hinter denen meine Fraktion nicht steht. Und so etwas machen Sie in der Regierung. Was für ein Regierungsstil ist denn das?

(Beifall bei den Grünen – Abg. Stefan Mappus CDU:  
Na, na, na!)

Das, was Sie machen, schafft kein Vertrauen in Ihre Kompetenz und in Ihr Durchsetzungsvermögen. Vertrauen ist aber die wichtigste Ressource, denn wir müssen der Bürgerschaft einiges zumuten, um diesen Haushalt zu konsolidieren. Das, was Sie machen – jetzt nichts zu tun, aber für hinterher dann eine riesige Drohkulisse aufzubauen –, kann nur schädlich sein; es kann das Vertrauen in der Bevölkerung nur schwächen.

Wir dürfen den Leuten keine Angst machen. Dafür gäbe es bei zupackendem Handeln natürlich auch gar keinen Grund. Wir müssen ihnen reinen Wein einschenken und ihnen Perspektiven eröffnen. Das ist unsere Aufgabe in der Politik.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Wolfgang Stehmer SPD)

Herr Mappus, Sie sagten, Sparvorschläge müsse man vor den Haushaltsberatungen machen.

(Heiterkeit der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

Das ist schon eine merkwürdige Auffassung über das, was der Sinn von Haushaltsberatungen ist. Denn da bringt man doch wohl die Vorschläge ein. Aber auch vor den Haushaltsberatungen haben Sie keine Sparvorschläge gemacht. Sie machten weder vor den Haushaltsberatungen noch machen Sie jetzt Vorschläge; stattdessen verkaufen Sie das Schuldenmachen als ein geniales Konjunkturprogramm.

(Heiterkeit des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Das ist offensichtlich Ihre Haltung. Nach der Krise wollen Sie dann – das haben Sie vorhin wörtlich gesagt – „auf das Bremspedal treten“. Dann wollen Sie also die Konjunktur abwürgen – oder was sonst ist damit gemeint? Das alles ist doch Blech! Das alles, was Sie da machen, ist doch einfach Blech.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Herr Kretschmann, das ist jetzt aber deutlich unter Ihrem Niveau, was Sie jetzt sagen!)

Politik beginnt mit der Betrachtung der Wirklichkeit.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Weiß Gott!)

Wir stehen in der Tat vor einer beispiellosen Situation. Das Bruttoinlandsprodukt ist in Baden-Württemberg im Jahr 2009 um 8 % gesunken. Die Körperschaftsteuereinnahmen gingen um die Hälfte zurück. Die Steuereinnahmen insgesamt sanken um 12 %. Es baut sich eine immense Bugwelle von Schulden auf.

Dafür haben Sie jetzt aber einfach nur den Begriff „Konjunkturhaushalt“ erfunden. Das heißt, die Einnahmen sinken, aber wir tun einfach nichts bei der Ausgabenstruktur. Das ist die Konjunktur des Aussitzens und des Nichtstuns und nichts anderes.

(Beifall bei den Grünen)

In der Haushaltsstrukturkommission, Herr Rülke, über die sich Ihre Vorsitzende, Frau Homburger, auf dem Dreikönigstreffen lustig gemacht hat, sitzen Sie selbst drin. Das haben Sie wahrscheinlich noch gar nicht gemerkt.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

Wir haben von ihr jedenfalls noch keinen einzigen Vorschlag gehört. Auch da herrscht Funkstille.

Der Begriff „Konjunkturhaushalt“ ist, insbesondere wenn wir die finanzielle Situation der Kommunen anschauen, ohnehin völlig danebengegriffen. Hier kürzt die Landesregierung erneut um 405 Millionen € – also auf der Ebene, die bekanntlich den höchsten Investitionsanteil hat; er liegt höher als bei Bund und Land. Das ist das Gegenteil von einem Konjunkturhaushalt. Das ist eine Konjunkturbremse dort, wo sie am direktesten wirkt. Die Wirkungen der Konjunkturprogramme auf der kommunalen Ebene werden so sofort wieder neutralisiert. Also hören Sie auf, von einem Konjunkturhaushalt zu sprechen, Herr Stächele. Dies entspricht nicht den Tatsachen.

Die Ausfälle aus den Steuersenkungen tun dann ein Übriges und führen schon 2010 bei den Kommunen zu Mindereinnah-

(Winfried Kretschmann)

men von fast 700 Millionen €, davon 218 Millionen € aus dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz. Kein Wunder, dass an der Gebührenschaube gedreht werden muss. Kein Wunder, dass es für die meisten Bürgerinnen und Bürger, für Familien mit Kindern, für Alte, für diejenigen mit niedrigen Einkommen, die von Steuersenkungen real gar nichts haben, ein Minus wird, wenn die kommunalen Leistungen deutlich teurer werden.

Das zentrale Thema heißt: mittelfristige Konsolidierung bis 2020. Wir kreiden dem Finanzminister nicht an, dass er das jetzt in ein, zwei Haushalten nicht in Ordnung bekommt – das kann niemand hinbekommen –, sondern wir rügen Ihr völliges Versagen bei der mittelfristigen Konsolidierung. Sie bringen einen Haushalt ein, bei dem die mittelfristige Finanzplanung noch nicht einmal dabei ist, und das, nachdem Sie ohnehin zum wiederholten Mal gegen die Landeshaushaltsordnung den Haushalt in letzter Minute eingebracht haben und wir nicht genügend Beratungszeit hatten. Aber wenn man natürlich bei der Haushaltskonsolidierung – so wie Sie – nicht ambitioniert ist, dann ist es auch völlig wurscht. Das ist offensichtlich die Haltung, die Sie zu den Haushaltsberatungen und zum Königsrecht des Parlaments haben.

(Beifall bei den Grünen)

Wir erwarten von der jetzigen und von der neuen Regierung einen mit Maßnahmen unterlegten Konsolidierungspfad bis 2020 zur Einhaltung der Schuldenbremse. Ich erinnere daran – auch das betonen Sie ja in Ihrem Interview, Herr Ministerpräsident Oettinger; das sei auch Ihnen noch einmal ins Stammbuch geschrieben, Herr Kollege Mappus –: 2 Milliarden € Zinsen pro Jahr hatten wir schon vor der Finanzmarktkrise, und nur der reiche Steuersegen durch die Mehrwertsteuererhöhung konnte das eine Zeit lang ausgleichen. Jetzt ist es damit natürlich wieder vorbei, und wir werden – auch das ist klar – diese Sterntalereffekte nicht mehr erreichen.

Ich sage noch einmal: Herr Mappus, Sie haben Ideen angelehnt. Wissen Sie, dass wir in den letzten Haushaltsberatungen einen Entschließungsantrag mit einer ganzen Reihe von strukturellen Maßnahmen, um den Haushalt langfristig nachhaltig zu sichern, eingebracht haben? Davon haben Sie natürlich wie üblich überhaupt keine Kenntnis genommen.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Kenntnis schon!)

Wir sind hier Ideengeber. Dass Sie unsere Ideen ignorieren, ist das Schlimme an der ganzen Geschichte. Wenn Sie so weitermachen und hier einfach nur den Westerwelle der baden-württembergischen CDU spielen,

(Abg. Stefan Mappus CDU: Dieser Vergleich ist nicht ganz passend, Herr Kollege, mit Verlaub!)

dann kann man nur Angst haben vor der Haushaltsentwicklung des Landes Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Da gibt es schon noch Unterschiede! – Abg. Stefan Mappus CDU: Da würde ich mich wehren, Herr Kretschmann!)

Sie machen sich bei dieser Situation für weitere Steuersenkungspakete stark, die das Land ab 2011 rund 270 Millionen €

und mit schon erfolgten und weiteren Steuersenkungsplänen dann zusammen rund 1 Milliarde € pro Jahr kosten würden. Das ist völlig bizarr, Herr Kollege Mappus, Herr Kollege Rülke. Das ist Steuerpolitik aus Absurdistan.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

Ich sage Ihnen: Was ist eigentlich haushaltspolitisch der Unterschied zwischen Mappus und der Grünen-Fraktion? 2 Milliarden €. Wir wollen 1 Milliarde € einsparen, und Sie wollen 1 Milliarde € mehr Ausfall generieren. Das ist der relevante Unterschied zwischen uns. Daran sieht man, wer eine seriöse Finanzpolitik im Auge hat und wer nicht.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sagen Sie noch, wo Sie sparen wollen! Sagen Sie, wo die Brocken herkommen!)

Sie können es einfach nicht.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Aber Sie!)

Sie sind sich der Risiken nicht bewusst. Sie können es nicht.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Wo sparen?)

Sie sind den Anforderungen nicht gewachsen: nicht im Klimaschutz, nicht in der Aufgabe, die Wirtschaft grüner zu machen, nicht in der Bildungspolitik, jedem Kind wirklich seine Chance zu geben, als einer entscheidenden Frage der sozialen Gerechtigkeit und der Zukunft für unsere Wirtschaft.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jedes Kind hat seine Chance!)

Sie können es nicht. Bei all den Fragen der sozialen Gerechtigkeit haben wir von Ihnen nur Bitterböses gehört. Sie waren es, Herr Mappus, der ins Spiel gebracht hat, man müsse bei Hartz IV sparen.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Nein, das habe ich nicht ins Spiel gebracht! Das stimmt nicht! – Gegenruf der Abg. Bärl Mielich GRÜNE: Doch, natürlich! – Abg. Stefan Mappus CDU: Ich habe gesagt „beim Sozialhaushalt“!)

– Gut. Ich habe es jedenfalls so der Presse entnommen. Dann korrigieren Sie es nachher.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Mir ist wurscht, was Sie der Presse entnehmen! – Zuruf von der CDU: Das muss doch nicht immer alles richtig sein, was Sie der Presse entnehmen!)

Überlegen Sie einmal, was jetzt passiert: Steuersenkungen auf Pump. Darum geht es. Es geht nicht allein um Steuersenkungen. Steuersenkungen kann man machen. Das haben wir auch gemacht. Sie machen Steuersenkungen auf Pump.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Damals nicht auf Pump? – Abg. Stefan Mappus CDU: Wie war das denn in sieben Jahren Rot-Grün? Wie war es da? Sagen Sie das doch einfach!)

(Winfried Kretschmann)

Wissen Sie, was das heißt? Diejenigen, die von den Steuer-senkungen profitieren, können das Geld dann mit Schatzbrie-fen und Staatsanleihen dem Bund wieder zufließen lassen.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Scheinheilig! Scheinhei-lig ist das, was Sie da bringen!)

Es ist wirklich bizarr, was Sie da machen.

(Beifall bei den Grünen)

Jetzt sage ich Ihnen die Realitäten. Die Realitäten sehen so aus:

Erstens: Wenn wir nicht mindestens 1 Milliarde € pro Jahr ein-sparen – wir machen dann ja noch immer neue Schulden im Durchschnitt der Jahre bis 2020 –, dann kommt es zum Crash mit der Schuldenbremse, und das Land würde langfristig handlungsunfähig in seinen Kernaufgaben. Ich sage noch ein-mal: Das bedeutet eine Verdopplung der Zinsen. Wenn wir dann an die Kernaufgaben herangehen, dann verfehlen wir das, was unsere Aufgabe ist, nämlich die Investitionen in die-sen Kernaufgaben, z. B. in der Bildung, zu sichern. Das ist oberste Priorität.

(Beifall bei den Grünen)

Zweite Realität: Die Pensionsverpflichtungen des Landes und insbesondere die Krankenkosten für Pensionäre, also die Bei-hilfen, steigen stark an. Dies alles ist bekannt. Sie werden sich bis 2030 mehr als verdoppeln. Hier lauert eine Zeitbombe in Milliardenhöhe, die auch durch den Pensionsfonds nicht ent-schärft ist.

Drittens: Die Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst entspra-chen nicht der Wirtschaftslage. Während die Wertschöpfung in den baden-württembergischen Schlüsselindustrien zurückging – das Bruttoinlandsprodukt sank bekanntlich in Baden-Würt-temberg im vergangenen Jahr um 8 %, das Lohnniveau sinkt –, stiegen die Bezüge der Beamten um 3 %. Der Rückgang der Lohnsteuer um mehr als 7 % ist ein Indikator für weniger Be-schäftigung und niedrigere Löhne, siehe bei Daimler minus 8 %. Gleichzeitig stiegen die Bezüge der Beamten und Pen-sionäre und der Angestellten im öffentlichen Dienst um 3 %. Das sind 660 Millionen € Jahr für Jahr.

Wir haben dem nicht zugestimmt. Da öffnet sich eine Schere. Es kann nicht sein, dass wir bei den Teilen, die uns mit ihrer Wertschöpfung die Steuereinnahmen bringen, ein Minus ha-ben und zugleich im öffentlichen Dienst nach oben gehen. Da-mit kann man keine Haushaltskonsolidierung machen. Damit kann man vor allem – das ist das Entscheidende – die Bezah-lung der Pensionen und der Gehälter auf einem auskömm-lichen Niveau in zehn Jahren nicht mehr sichern. Darum geht es. Auch in dieser Frage geht es um die Nachhaltigkeit von Finanzen.

Vierte Realität: Ministerpräsident Oettinger analysiert richtig: Auch wenn die akute Krise vorbei ist – so haben Sie es jeden-falls für den Fahrzeugbau gesagt –, kommt der Fahrzeugbau, wenn alles gut geht, in der Wertschöpfung vielleicht noch auf 90 %. Das heißt, wir werden in den kommenden Jahren we-sentlich weniger Steueraufkommen generieren. Ich sage noch einmal: Nur mit einer Orientierung auf umweltfreundliche, energiesparende und ressourcensparende Produkte – Sie haben ja jetzt den wunderbaren Begriff „kohlenstoffarme

Wirtschaft“ im Europäischen Parlament eingeführt –, nur mit solch einer industriellen Revolution kommen wir voran. Da-vor haben Sie jahrelang die Augen verschlossen.

(Beifall bei den Grünen)

Was sind die Konsequenzen? Die erste Konsequenz heißt: Schluss mit Prestigeprojekten wie Stuttgart 21,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Um Gottes willen!)

deren Kosten-Nutzen-Relation nicht stimmt. Schluss mit der Finanzierung von Maßnahmen, für die wir nicht zuständig sind. Die Schuldenbremse – Herr Ministerpräsident Oetting-er, Sie wissen das, denn unter Ihrem Vorsitz wurde die Schul-denbremse beschlossen – ist beim Bund wesentlich flexibler als bei den Ländern.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja!)

Dann darf es aber doch nicht heißen, dass wir – wie bei der Neubaustrecke – als Land dem Bund noch Geld für Bahnstrec-ken zuschießen, die der Bund zu bezahlen hat und nicht wir. Herr Kollege Oettinger, Herr Kollege Drexler, das geht in sol-chen Zeiten überhaupt nicht.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das hättet ihr auch gemacht!)

Was wir insbesondere nicht wollen, ist das Bahnprojekt Stutt-gart 21. Wir werden beantragen, dass die gesamte Rücklage von 460 Millionen € zur Schuldentilgung verwendet wird. Das zusammen würde die aktuelle Neuverschuldung von 2,5 Mil-liarden € auf 2 Milliarden € reduzieren und die Schuldenauf-nahme bis 2020 um weitere 950 Millionen € reduzieren. Das ist schon ein Wort.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Was ist mit dem Ver-trag? – Gegenruf von der SPD: Verträge sind egal!)

Dass es da, wie wir gestern gehört haben, eine Streichliste für Bahnprojekte gibt, bestätigt das, was wir immer gesagt ha-ben:

(Beifall bei den Grünen)

Stuttgart 21 kannibalisiert andere, wichtige Verkehrsprojekte im Land Baden-Württemberg. Das liegt jetzt auf dem Tisch.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist doch dummes Zeug! – Glocke des Prä-sidenten)

**Präsident Peter Straub:** Herr Abg. Kretschmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Drexler?

**Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE:** Nein.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das habe ich mir ge-dacht!)

Ich will jetzt keine Stuttgart-21-Debatte anfangen.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Er hat ja gar nicht ange-fangen! Wenn man mit der Unwahrheit kommt, muss man das auch ertragen!)

(Winfried Kretschmann)

Hier geht es um klare Ansagen für ein Prestigeprojekt, das Sie wollen, das wir aber nicht finanzieren können, das uns weiter ein unglaubliches finanzielles Risiko aufbürdet. Wenn die Aussagen des renommierten Instituts Vieregg-Rößler stimmen, dann wird es noch viel schlimmer, als es schon jetzt nach dem, was bisher beschlossen wurde, wird. Deshalb fordere ich Sie auf, angesichts unserer Finanzlage noch einmal ernsthaft darüber nachzudenken, ob Sie diesen Weg weiter beschreiten wollen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Du musst einmal nachdenken!)

Konsequenz 2: Ich denke, in einer solchen Situation ist es richtig, dass wir sagen: Bei den Tarifabschlüssen der Zukunft sind Sockelbeträge angesagt. Das ist in einer solchen Situation das Richtige, um sozusagen eine soziale Symmetrie zu gewährleisten. Das kann ich jedenfalls nur empfehlen. Wir sollten uns dabei an der Inflationsrate orientieren; sonst können wir unseren Haushalt und die Gehälter und Pensionen unserer Beamten und Angestellten – wir wollen gut motivierte Beamte und Angestellte – in Zukunft nicht mehr sichern.

(Beifall bei den Grünen)

Konsequenz 3: Pensionslasten abbauen, den Vorsorgepfad stärken. Schon 2007 haben wir dazu die Initiative eingebracht, die Beihilfe für Pensionäre auf 50 % abzusenken und damit an die Regelung der Rentenversicherung anzupassen, nach der der Rentenversicherungsträger 50 % der Krankenversicherung übernimmt. Das bringt zusammen mit dem Wegfall der Sonderzahlung für Pensionäre immerhin einen steigenden Einsparpfad von 150 Millionen € pro Jahr. Das sind ja wohl richtige „Maxibriefe“, Herr Finanzminister. Sie müssen Ihren Briefkasten einmal öffnen.

(Beifall bei den Grünen)

Konsequenz 4: Jetzt hat Herr Finanzminister Stächele beim Frühstück gelesen, dass nach einem Bericht des Statistischen Landesamts die Schülerzahlen bis zum Jahr 2030 um 25 % zurückgehen. Ohne auch nur irgendwie nachzudenken oder sich mit irgendjemandem abzusprechen, schlägt er gleich vor, in diesem Umfang Lehrerstellen zu streichen. Das sind ganz fatale Reaktionen. Bildung ist das wichtigste nachhaltige Konjunkturprogramm, das der Landeshaushalt überhaupt erbringt.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Deswegen investieren wir ja! Jawohl! Deswegen investieren wir ja, Herr Kretschmann! So ist es!)

Wer eine solche Botschaft aussendet, jetzt nichts zu tun, und dann den Rollladen an einer Stelle herunterlässt, bei der man weiß, dass wir mehr Lehrer zur Qualitätsverbesserung brauchen, der macht keine seriöse Finanzpolitik,

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Wer tut denn das?)

weil er nicht weiß, was Aufgabe dieses Landes ist, nämlich in Bildung und in ihre Infrastruktur zu investieren.

(Beifall bei den Grünen)

Deswegen sagen wir: Wir brauchen aus dem, was aus dem demografisch bedingten Schülerrückgang frei wird, 10 000 Lehrer, um die Qualität zu verbessern – allerdings nicht in den alten Strukturen, sondern in zukunftsfähigen Strukturen. Dann haben wir noch immer ein Ergebnis, bei dem wir die andere Hälfte einsparen können, nämlich 10 000 Lehrer. Das ist eine Größenordnung von 300 Millionen € pro Jahr. So sendet man Botschaften aus, die eine Perspektive aufzeigen und trotzdem etwas mit Haushaltskonsolidierung zu tun haben, und nicht durch Panikreaktionen, wie Sie sie fälschlicherweise an den Tag gelegt haben.

(Beifall bei den Grünen)

Konsequenz 5: Vorschläge des Rechnungshofs konsequent umsetzen. Ich nenne als Beispiel den Bereich der EDV. Einsparungen über 50 Millionen € pro Jahr scheitern an Ressortinteressen. In der Schlussbemerkung des Rechnungshofs in seiner Beratenden Äußerung zur Neuausrichtung der Organisation der Informations- und Kommunikationstechnik in der Landesverwaltung aus dem Jahr 2009 ist zu lesen, dass solche Einsparungen möglich sind. Wenn Sie sich einmal richtig über staatsbürokratische Strukturen ärgern wollen, Herr Kollege Rülke,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Dann höre ich Ihnen zu! – Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

dann empfehle ich Ihnen, diesen Bericht zu lesen und auch den Empfehlungen zuzustimmen und die Konsequenzen daraus zu ziehen und das nicht, wie Sie es immer machen, zu verwässern.

(Beifall bei den Grünen)

Ich fasse zusammen: Mit diesen Konsequenzen, die ich jetzt aufgezeigt habe, erreichen wir mittelfristig bis 2020 eine strukturelle Einsparung von etwa 1 Milliarde €. Das ist machbar, wenn man wirklich will, das heißt, wenn man jetzt entscheiden will. Die Entscheidungsvorlagen liegen heute noch einmal in Ihrem Briefkasten, Herr Finanzminister.

Grundlegende Voraussetzung für einen erfolgreichen Konsolidierungspfad ist allerdings, dass keine Steuergeschenke auf Pump erfolgen. Sie bringen nachweislich nichts.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Überall, wo dies probiert worden ist, hat es nichts genutzt.

Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz ist nichts anderes als ein Schuldenwachstumsbeschleunigungsgesetz. Sie können sich, Herr Mappus, noch so rabulistisch in Erklärungen verrenken,

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Der ist hinausgegangen! Den interessiert das alles nicht!)

dies sei kein Steuergeschenk, da die Steuern von denen kämen, die man beschenkt.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: So ist es auch!)

(Winfried Kretschmann)

Ich glaube, das ist einfach nur Blödsinn.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das ist Tatsache! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das ist aber eine erstaunliche Denkweise!)

Die Steuern, die die Menschen zahlen, dienen dazu, unsere sozialen Sicherungssysteme zu finanzieren

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das mag ja sein, aber sie kommen trotzdem vom Bürger!)

und notwendige Investitionen des Staates zu tätigen. Dies wird in vielen Bereichen wichtiger und herausfordernder. Da sind wir uns mit dem Ministerpräsidenten –

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Noch!)

jedenfalls zum jetzigen Zeitpunkt, zu dem der amtierende Ministerpräsident den Ministerpräsidentenstuhl verlässt – einig: Das geht nicht. Ich muss Ihnen sagen: So, wie Sie das machen, muss man allmählich befürchten, dass das ein rein ideologisches Projekt ist

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Wie die Grünen!)

und dass Sie den Staat ernsthaft schwächen wollen. Um diesen Verdacht kommt man überhaupt nicht mehr herum, weil das, wenn es so weitergeht, an die Kernaufgaben des Staates geht. Das ist eine nicht verantwortbare Politik.

(Zuruf des Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP)

Wir können den Kollegen Mappus nur auffordern: Raus aus diesem Geisterschiff der FDP!

(Beifall bei den Grünen)

Wir werden bei den Haushaltsberatungen ein Antragspaket einbringen, das Schwerpunkte setzt. Dabei geht es um die Themen Klimaschutz, Schulen und Berufsschulen, Hochschulen, Kinderbetreuung sowie Sprachförderung im neu entwickelten Kindergarten mit dem Orientierungsplan. Es geht also um eine neue Wirtschaftspolitik, um Umwelt- und Naturschutz als Grundlagen für eine neue, grüne Wirtschaft, mit der wir das tun, was für den Klimaschutz notwendig ist, mit der wir aber auch das Notwendige tun, um unsere Unternehmen für die Märkte der Welt zukunftsfähig zu machen.

Zum Schluss sage ich Ihnen, was die Leitlinie sein muss. Die Leitlinie muss in solchen Zeiten heißen: Altes geht, Neues kommt. Deswegen schichten wir vom Landeserziehungsgeld in die Kinderbetreuung um. Genau das ist der Weg: Altes geht, Neues kommt.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: „Herzlos“, haben wir gehört! – Gegenruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

– Nein, wir schaffen es an dieser Stelle eben nicht ab, Herr Rülke – es abzuschaffen wäre in der Tat herzlos –,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das habe ich auch nicht vorgeschlagen!)

sondern wir schichten es in neue, moderne Bereiche um. Das ist das Entscheidende. Das ist unsere große Leitlinie.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Altes geht, Neues kommt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Was ist daran modern?)

Wer glaubt, er könne beides machen, führt uns in die Handlungsunfähigkeit und in die Schuldenfalle.

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Herr Mappus, was Sie heute geboten haben, war kleine Münze.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Der ist nicht mehr da! Der ist gegangen!)

Es war kleine Münze, die übliche Wadenbeißerei. Sie haben keinerlei Perspektive eröffnet, keinen Rahmen abgesteckt, wohin es in Zukunft wirklich geht.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Ein echter Mappus!)

Ich sage: Wir bieten die Perspektive: gute Reformen in der Bildungs- und in der Umweltpolitik.

(Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Gute Reformen bedeuten, dass sie uns in der Bildung mit einem Schulsystem, das individuell fördert, fit für die Zukunft machen.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: So wie in Hamburg!)

Wir geben unseren Kindern das Beste. Wir geben ihnen die Möglichkeit, gute Jobs zu bekommen mit dem zweiten Punkt: weil wir die Wirtschaft grün reformieren wollen. Das Tolle daran ist, dass solche Strukturen auch effizienter sind.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Frau Bauer weiß das!)

Sie sind auch effizienter zu machen. Mit einer grünen Wirtschaft, die ressourcen- und energiesparend ist, wird letztlich Effizienz erwirtschaftet, die man dann im Wettbewerb auf den Weltmärkten einsetzen kann. Ich nenne es eine Perspektive, Reformen so zu konzipieren, dass sie in der Sache zielführend sind und auf lange Sicht trotzdem mit dem auskommen, was wir einnehmen. Das ist die Perspektive der Grünen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Rülke.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Ojemine!)

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kein Zweifel: Der Doppelhaushalt, über den wir am heutigen Tag hier zu reden haben, ist ein Doppelhaushalt in Zeiten einer schweren, möglicherweise einer beispiellosen wirtschaftlichen Krise, einer wirtschaftlichen Krise, die aus einer Krise des Finanzmarkts erwachsen ist.

Manche Verächter der Marktwirtschaft – möglicherweise haben wir den einen oder anderen davon am heutigen Tag gehört –

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Oje!)

haben diese Krise der Finanzmärkte dazu genutzt, die Marktwirtschaft insgesamt infrage zu stellen, um aus dieser Krise die Konsequenz zu ziehen, zu sagen: „Der Markt ist nicht effizient. Märkte funktionieren nicht. Wir brauchen wesentlich mehr Staat. Wir brauchen möglicherweise die Staatswirtschaft.“

Wenn man sich allerdings die Entstehungsgeschichte dieser Finanzkrise einmal näher anschaut, kommt man zu dem Ergebnis, dass es in erheblichem Maß staatliche Einflüsse gegeben hat, die diese Krise mit verursacht haben.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Schauen wir beispielsweise nur einmal, welche Politik die Regierung Bush gemacht hat: Das war eine Politik, die in die Richtung ging, möglichst jedem Amerikaner sein Eigenheim zu ermöglichen, ob er es finanzieren kann oder nicht.

(Abg. Rainer Stichelberger SPD: Diese Politik haben Sie doch immer bejubelt! Das war doch Ihr Vorbild!  
– Abg. Claus Schmiedel SPD: Das war doch Ihr Freund, der Bush! – Gegenruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das ist eine Lüge!)

Die halbstaatlichen Hypothekenbanken, die das unterstützt haben, waren politisch gesteuert. – Bush war bestimmt nicht unser Vorbild. Das müssten Sie einmal nachweisen, Herr Stichelberger.

Wenn man sich anschaut, welche Politik die amerikanische Notenbank, die Fed, gemacht hat, nämlich eine Politik des leichten Geldes, kommt man auch zu dem Ergebnis, dass es in erheblichem Umfang staatliche Einflüsse gegeben hat.

Wenn wir uns einmal anschauen, wer in Deutschland Probleme hat,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Oje!)

welche Banken in Deutschland die meisten Probleme haben, dann kommen wir auch nicht zu dem Ergebnis, dass die Politik in der Krise ein Allheilmittel oder vielleicht sogar der Staat und die Politiker die besseren Banker sind. Das sollte man sich vor diesem Hintergrund immer wieder einmal deutlich machen.

Das heißt aber nicht, dass wir nicht über einen verbesserten staatlichen Ordnungsrahmen für die Märkte nachzudenken haben. Das heißt nicht, dass wir nicht darüber nachzudenken haben, welche Fehler an den Märkten passiert sind, die teilweise aber eben auch durch die Politik mit verursacht wurden.

Wer hat denn in Deutschland die Hedgefonds möglich gemacht? Damals war die FDP nicht in der Bundesregierung.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Welche wirtschaftspolitischen Maßnahmen sind also in dieser Krise zu ergreifen? Man könnte nun zu demselben Ergebnis kommen, das Sie, Herr Schmiedel, in der Debatte heute ein Stück weit Herrn Mappus vorgeworfen haben: Man tut nichts und wartet, bis alles gut wird.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Da hat er recht gehabt!)

Ich glaube, dass das niemand hier gefordert hat. Das hat auch auf Bundesebene niemand gefordert. Man hat in großer Einmütigkeit insbesondere im Jahr 2009 in erheblichem Maß wirtschaftspolitische Maßnahmen ergriffen, beispielsweise die Bankenrettung – das fanden alle gut –, beispielsweise Investitions- und Konjunkturprogramme bis hin zur Abwrackprämie – das haben Sie beschlossen. All das geschah in einer Zeit, in der die öffentlichen Haushalte überschuldet waren. Das war also selbstverständlich Krisenbekämpfung auf Pump.

Die Alternative wäre Brüning, Dreißigerjahre. Sie haben immer in aller Deutlichkeit gesagt, das wäre falsch, das führe in die Katastrophe, da komme am Horizont ein neuer Nationalsozialismus herauf. Also keine Politik der lahmen Hand, sondern eine Politik eines aktiven Staates.

Da kann durchaus eine Seite der Medaille – das geben wir Ihnen unumwunden zu – eine aktive Investitionspolitik des Staates sein, aber natürlich auf Pump. Wer sagt denn und wer beweist, dass nicht die andere Seite der Medaille auch eine aktive Steuerpolitik ist, eine Politik für den Mittelstand, gegen die kalte Progression, eine Politik für Familien, eine Politik für die Mittelschicht, eine Politik, mit der es sich auch lohnt, morgens aufzustehen und den Karren zu ziehen? Darum geht es, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es!)

Ihre Argumentation, Herr Kretschmann, war zutiefst unseriös. Sie haben zugegeben: „Jawohl, auch wir haben in unserer Regierungszeit Steuern gesenkt“, und uns dann vorgehalten: „Aber Sie senken Steuern auf Pump.“ Herr Kretschmann, wollen Sie uns allen Ernstes erzählen, dass zu Zeiten der rot-grünen Bundesregierung, vor etwa fünf bis zehn Jahren, die öffentlichen Haushalte noch nicht verschuldet gewesen sind?

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Neuverschuldung!)

Oder sollen wir Sie so verstehen, dass es sich, wenn Rot-Grün Steuern senkt, um „gute“ Steuersenkungen, aber wenn Schwarz-Gelb Steuern senkt, um „böse“ Steuersenkungen handelt, die nicht akzeptabel sind? Oder wie erklären Sie diesen Widerspruch? Nein, meine Damen und Herren, es gibt auch hinreichend Beispiele dafür, dass Steuersenkungen zu wirtschaftlichem Wachstum und höheren Steuereinnahmen geführt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Das eine haben wir angesprochen: Das Land Baden-Württemberg hat in den Jahren 2008 und 2009 ausgeglichene Haushalte vorgelegt. Dafür gibt es eine Reihe von Gründen. Ein Grund waren natürlich die Steuersenkungen der Jahre zuvor. Ich stehe überhaupt nicht an, einzuräumen und zu loben, dass die Hartz-Reformen, von denen Sie heute nichts mehr wissen wollen und von denen Sie sich zunehmend verabschieden, ihren Beitrag dazu geleistet haben, dass wir in den Jahren 2008 und 2009 einen ausgeglichenen Haushalt hatten.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

In der Bundesrepublik Deutschland sind eine Million zusätzliche Arbeitsplätze entstanden. Das hat nicht nur dazu geführt, dass wir Wachstum bekommen haben. Das hat nicht nur dazu geführt, dass wir höhere Steuereinnahmen bekommen haben. Das hat vielmehr auch dazu geführt, dass wir niedrigere Sozialausgaben hatten, dass die Sozialkassen entlastet wurden. Das muss man nämlich auch alles einbeziehen,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

wenn man Wirtschafts- und Finanzpolitik macht, meine Damen und Herren. Das ist ein gutes, ein gelungenes, ein klassisches Beispiel dafür, dass sich Steuersenkungen sehr wohl finanzieren können und dass sie sehr wohl zu einem Wachstum beitragen können.

Zweites Beispiel: Bevor die Vereinigten Staaten von Amerika unter der Regierung Bush eine Kriegspolitik betrieben haben – Herr Stickelberger, diese Politik haben wir nie gelobt –, hatten sie in den Neunzigerjahren Haushaltsüberschüsse. Wo kamen die denn her, meine Damen und Herren, wenn nicht ein Zusammenhang mit den Steuersenkungen der Achtzigerjahre besteht?

Es gab in den Achtzigerjahren nicht nur in den Vereinigten Staaten von Amerika, sondern auch in der Bundesrepublik Deutschland Steuersenkungen. Die Regierung Kohl/Genscher mit Finanzminister Stoltenberg hat in den Achtzigerjahren eine dreistufige Steuerreform vorgelegt.

Ich empfehle Ihnen allen, meine Damen und Herren: Lesen Sie einmal die Zahlen des Statistischen Bundesamts nach. Wir hatten im Jahr 1985 in der Bundesrepublik Deutschland Steuereinnahmen von 223 Milliarden DM. Das Entlastungsvolumen der stoltenbergschen Steuerreformen lag bei 44,4 Milliarden DM.

Schauen Sie sich jetzt einmal die Entwicklung der Wirtschaft in den späten Achtzigerjahren an: Wir hatten im Jahr 1988 eine Steigerung des Bruttoinlandsprodukts um 3,7 %, im Jahr 1989 eine Steigerung um 3,9 % und im Jahr 1990 eine Steigerung um sage und schreibe 5,3 %.

Schauen Sie sich einmal die Steuereinnahmen an. Trotz einer Entlastung um 44,4 Milliarden DM betragen die Steuereinnahmen 1988 249 Milliarden DM – das sind 26 Milliarden DM mehr als 1985 –, 1989 273 Milliarden DM und 1990 sogar 281 Milliarden DM.

Nun wird kein Mensch beweisen können, dass sich diese Entwicklung allein und ausschließlich auf die Steuersenkungen des Finanzministers Stoltenberg und der Regierung Kohl/Genscher zurückführen lässt. Aber, meine Damen und Herren, hören Sie auf, zu behaupten, es sei empirisch erwiesen, Steuer-

senkungen brächten nichts. Das, was ich aufgezeigt habe, ist ein klassisches Beispiel dafür, dass dies nicht zutrifft.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es!)

Es ist auch deutlich geworden – Kollege Mappus hat es schon angesprochen, Herr Schmiedel –: Es sind nur die Steuersenkungen „böse“, die nicht Sie machen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wenn Sie es nicht begreifen, kann man auch nichts machen! Ojemine!)

Wenn wir das Wachstumsbeschleunigungsgesetz anschauen, so stellen wir fest, dass sich ein Entlastungsvolumen in Höhe von etwa 22 Milliarden € ergibt. Davon waren rund 14 Milliarden € schon vorher beschlossen. Dafür haben Ihre Genossen in Berlin die Hand gehoben.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Zu Recht! Wollen Sie Urteile nicht umsetzen? – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Beschluss des Bundesverfassungsgerichts!)

Niemand hat den Untergang des Abendlands beschworen und hat erklärt: „Um Gottes willen, man kann doch nicht Steuern senken, wenn man Schulden hat.“ Das war alles richtig. Jetzt kommen 8 Milliarden € hinzu, die die neue, schwarz-gelbe Bundesregierung beim Wachstumsbeschleunigungsgesetz obendrauf gesattelt hat, und Sie beschwören den Untergang des Abendlands.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, wir hatten im Jahr 2008 in Baden-Württemberg Bruttosteuerereinnahmen von etwa 28 Milliarden €. 2009 sind diese Einnahmen krisenbedingt auf unter 25 Milliarden € gesunken. Wir erwarten für die Jahre 2010 und 2011 Steuereinnahmen von weniger als 24 Milliarden €. Meine Damen und Herren, wie wollen Sie unseren Haushalt denn ohne Wachstum ausgleichen? Das geht doch nur mit Wachstum. Schauen Sie sich einmal die Struktur unserer Wirtschaft und die Notwendigkeiten an, Wachstum zu erzeugen. Insofern sind diese Maßnahmen doch richtig.

Das gilt auch für die ganzen „Helden“, die Sie in Ihren Reden zitiert haben. Ich habe gehört, wer alles was gegen Steuersenkungen gesagt hat,

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Herr Oettinger z. B.!)

insbesondere aus den Reihen der CDU. Nur, meine Damen und Herren: Ich habe auch gesehen, wer alles dem Koalitionsvertrag zugestimmt hat.

(Heiterkeit des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Ich habe auch gesehen, wer im Bundesrat alles die Hand gehoben hat.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Einschließlich Kanzlerin!)

Ich höre auch, was die Kanzlerin zu diesem Thema immer sagt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist einmal so und einmal so!)



(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Irgendwo haben wir also offensichtlich eine sehr unterschiedliche Wahrnehmung. Denn das Wachstumsbeschleunigungsgesetz wurde im Koalitionsvertrag in großem Einvernehmen festgelegt. Es wurde im Bundestag beschlossen, und der Bundesrat hat ihm zugestimmt. Jetzt gilt es, und es wirkt. Sie können natürlich nicht erwarten, dass wir schon nach 14 Tagen Wachstum haben.

Aber es ist richtig, den Kinderfreibetrag zu erhöhen. Es ist richtig, das Kindergeld zu erhöhen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Da bleibt am Schluss nicht mehr viel übrig!)

Es ist richtig, Korrekturen vorzunehmen, etwa bei Verlust- und Zinsabzugsbeschränkungen. Die Korrektur bei der Erbschaftsteuer ist erst recht richtig. Reden Sie einmal mit den Mittelständlern im Land und fragen Sie sie, was sie von dem ursprünglichen „Horrorgesetz“ halten, das zum Thema Erbschaftsteuer in der Großen Koalition entstanden ist.

Wir haben – das ist richtig – in diesem Doppelhaushalt eine Rekordverschuldung. Das macht uns nicht froh. Aber wenn die Steuereinnahmen – ich wiederhole das – von 28 Milliarden € auf unter 24 Milliarden € einbrechen, kann das bei der Struktur unseres Haushalts nicht ohne Auswirkungen bleiben.

Wenn der Bund etwa 86 Milliarden € an neuen Schulden aufnimmt, wenn Nordrhein-Westfalen, dessen Einwohnerzahl um etwa 70 % höher ist als die von Baden-Württemberg, 6,6 Milliarden € an neuen Schulden aufnimmt, das kleinere Hessen 3,4 Milliarden €

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Rheinland-Pfalz!)

und Ihr hochgelobter Genosse Kurt Beck, in dessen Land die Bevölkerungszahl nur bei etwa 40 % der Bevölkerungszahl von Baden-Württemberg liegt, fast in gleicher Höhe wie Baden-Württemberg neue Schulden aufnimmt, dann kann die Haushalts-, Finanz- und Wirtschaftspolitik in Baden-Württemberg nicht so schlecht sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Zweifellos: Wir müssen den Haushalt konsolidieren. Wir hatten eine Konsolidierungsphase vor dieser Wirtschaftskrise. Wir haben die Neuverschuldung permanent reduziert und haben zweimal eine Punktlandung eines ausgeglichenen Haushalts erreicht.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Stimmt ja gar nicht für 2009!)

Nun in der Krise – das haben Sie selbst nicht infrage gestellt – ist es notwendig, zu reagieren und einerseits zu investieren sowie andererseits Steuern zu senken. Beide Maßnahmen sind zwei Seiten der gleichen Medaille, nämlich einer aktiven Wirtschaftspolitik, um das Land aus der Krise zu führen.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Wir brauchen anschließend nicht nur eine Phase der Konsolidierung, sondern einer starken Konsolidierung. Das ist völlig richtig. Andernfalls könnten wir die Landeshaushaltsordnung

und die Erfordernisse der Schuldenbremse nicht einhalten. Andernfalls könnten wir – das kommt in den nächsten Jahren vermutlich auch auf uns zu – das Problem steigender Zinsen bei unserer Verschuldung in keiner Weise in den Griff bekommen.

Aber es bedarf einer Aufgabenkritik. Anders wird es nicht gehen, die starke Konsolidierungsphase für den Haushalt in die Wege zu leiten.

(Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Denn wir haben momentan mehr als 14 Milliarden € an Personalausgaben. Das ist ein Anteil von mehr als 40 % am Gesamthaushalt. Diese Ausgaben können wir nicht kurzfristig reduzieren.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Was schlagen Sie vor?)

Wir haben den Bereich der allgemeinen Finanzverwaltung. Hinzu kommen die Solidarpakte – etwa für Kirchen, Sport, Jugend, Hochschulen, Kunst und Medizin –, die den Haushalt längerfristig binden. Wenn Sie sich dann noch anschauen, was frei verfügbar ist, kommen Sie auf einen Bereich mit einem Volumen von etwa 4,5 Milliarden €. In diesem Bereich können Sie kurzfristig sparen. Wenn Sie vor diesem Hintergrund sehen, dass die Steuereinnahmen um 4 Milliarden € einbrechen, wird Ihnen schon deutlich, dass es ein Ding der Unmöglichkeit ist, einen solchen Haushalt in einer solchen Krise kurzfristig auszugleichen.

Deshalb ist es richtig, langfristige Maßnahmen in die Wege zu leiten. Ich bleibe dabei: Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz ist eine solche langfristige Maßnahme. Weitere müssen folgen.

Wenn wir uns aber, um die starke Konsolidierung zu erreichen, mit der Frage auseinandersetzen, wie wir in die Strukturen kommen, dann führt kein Weg daran vorbei, uns die Frage zu stellen: Wie können wir im Land Baden-Württemberg staatliche Aufgaben abbauen, um auch Personal zu reduzieren?

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Denn ohne Personalpolitik und ohne eine Reduzierung im Personalbereich wird die Konsolidierung nicht möglich sein.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ich füge hinzu – ob dies populär ist oder nicht –: Dazu zählt natürlich auch die längere Lebensarbeitszeit für die Staatsdiener.

Wenn ich mir die Frage stelle, wo Aufgabenkritik möglich ist, dann fallen mir selbstverständlich die Universitätskliniken ein. Ich weiß, dass es da von verschiedenen Seiten immer wieder Kritik gibt. Aber ich schätze einmal, dass der Wissenschaftsminister nach dem, was er in letzter Zeit in Freiburg erlebt hat, gegenüber diesem Vorschlag vielleicht selbst etwas aufgeschlossener ist.

(Zuruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

Wir brauchen Privatisierungen in den verschiedensten Bereichen. Der Justizminister hat deutlich gemacht, dass dies

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

funktionieren kann, und zwar ohne die Absenkung von Qualitätsstandards, aber doch mit Reduzierungen öffentlicher Aufgaben.

Wir müssen uns auch Gedanken über die Zukunft der Landesbank Baden-Württemberg machen. Die Landesbank Baden-Württemberg muss in Ordnung gebracht werden. Ich denke, wir sind dabei auf einem guten Weg. Vor der Krise gab es einmal eine Schätzung über den Wert der Landesbank: etwa 12 Milliarden €. Wir werden alles tun, was die Politik tun kann, um diesen Wert wieder zu erreichen. Aber wenn dieser Wert wieder erreicht ist, dürfen keine Überlegungen über die Zukunft der Landesbank tabu sein.

Das Stichwort Energie haben Sie auch angesprochen, Herr Schmiedel. Sie werfen dabei manchem in diesem Haus immer wieder Ideologie vor. Nur sind natürlich Sie diejenigen, die von ihrer Ideologie her eine Möglichkeit nicht wahrhaben wollen, wie wir den Landeshaushalt auch dauerhaft und nachhaltig entlasten können: Lassen Sie sich doch endlich davon überzeugen, dass wir unseren Energiebedarf nicht von heute auf morgen durch regenerative Energieträger decken können.

Selbst wenn die Zahlen, die Sie aus der Anhörung des Ministerpräsidenten in Brüssel entnommen haben, realistisch wären – immerhin bis zu 35 % der Stromerzeugung aus regenerativen Energien bis zum Jahr 2020 –,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Die Untergrenze!)

bleibt noch immer ein Delta von 65 %. Sie werfen dem Finanzminister vor, der Begriff „Delta“ sei ein neomodischer Begriff. Er ist allerdings schon etwas älter. Ich verwende diesen Begriff deshalb hier.

Das Delta von 65 % können Sie dann entweder mit fossilen Energieträgern decken – dann frage ich Sie allerdings, wie Sie das Klima retten wollen –, oder Sie brauchen eben die längere Laufzeit der Atomkraftwerke. Wenn Sie die längere Laufzeit von sicheren Kernkraftwerken endlich akzeptieren würden, dann hätten Sie auch eine entsprechende Geldquelle. Denn wenn wir das umsetzen würden, was in der baden-württembergischen Koalitionsvereinbarung steht, nämlich dass wir mindestens 50 % der Erträge, die durch die Laufzeitverlängerung erzielt werden, für eine Klimastiftung verwenden oder meinetwegen in den Landeshaushalt – man kann da über vieles reden –

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

oder gern auch in den Bundeshaushalt stecken, jedenfalls aber in öffentliche Mittel, die auch dem Land Baden-Württemberg zugute kommen, die die erneuerbaren Energien fördern und staatliche Aufgaben und Ausgaben entlasten – das ist der entscheidende Punkt –, dann könnten wir in diesem Haushalt ein ganz wesentliches Stück weiterkommen. Aber Sie sind wohl nicht bereit, diese ideologischen Scheuklappen abzuwerfen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Die Kollegen von der Fraktion GRÜNE frage ich zu diesem Thema lieber gar nicht erst.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Wir haben dennoch im Haushalt des Landes Baden-Württemberg in erheblichem Umfang Schwerpunkte gesetzt. Es sind Schwerpunkte, die deutlich machen, welche Politikbereiche uns wichtig sind.

Bevorzugt gefallen Sie sich immer darin, die Bildungspolitik des Landes Baden-Württemberg anzugreifen. Es ist in Ordnung, dass man über unterschiedliche Wege streitet; meinetwegen. Wir sind für das dreigliedrige Schulsystem, Sie sind für die Einheitsschule. Das ist in Ordnung.

(Zuruf des Abg. Rainer Stichelberger SPD)

Das will ich akzeptieren. Über diese Positionen kann man streiten. Aber man kann über eines nicht streiten, meine Damen und Herren:

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Darüber, was es kostet!)

Man kann nicht infrage stellen, dass uns die Schulen lieb und teuer sind.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Man darf eine Statistik nicht so fälschen, dass man nicht sehen kann, dass Baden-Württemberg und Bayern bei den Ausgaben pro Schüler an der Spitze sind. In Baden-Württemberg werden jährlich mehr als 5 000 € pro Kind im Bereich Schule ausgegeben. Das ist eine Zahl, wie Sie sie sonst nur in Bayern finden. Der Durchschnitt bei den westdeutschen Flächenländern liegt bei 4 700 €, meine Damen und Herren. Wenn Sie sich die Schüler-Lehrer-Relation anschauen, dann kommen Sie in Baden-Württemberg auf einen Durchschnittswert von 17 : 1. Kein anderes Bundesland in Deutschland ist dabei besser, meine Damen und Herren. Dies müssen wir ganz deutlich sagen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Dasselbe gilt übrigens für den Wissenschaftsbereich: Nur Baden-Württemberg und ausnahmsweise nicht Bayern, sondern Niedersachsen geben pro Jahr mehr als 7 000 € pro Student aus. Hier ist der Abstand noch größer. Der Durchschnitt liegt nämlich bei 6 300 € pro Jahr. Deshalb können Sie meinetwegen sagen, die Bildungspolitik sei strukturell falsch. Aber Sie können uns nicht vorwerfen, wir würden bei unserem Haushalt zu wenig für die Bildungspolitik tun.

(Abg. Rainer Stichelberger SPD: Warum fordern Sie dann die Entlassung? – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Angesichts einer Initiative, bei der trotz der rückläufigen Schülerzahlen 530 Millionen € zusätzlich für den Bereich der Schulpolitik ausgegeben werden – und das bei einem Landeshaushalt, der mit über 8 Milliarden € für die Schulen zu Buche schlägt –, ist dieser Vorwurf unzutreffend.

Meine Damen und Herren, der Haushalt ist auch mit 80 Millionen € für die Privatschulen deutlich üppig ausgestattet.

Viele Bundesländer beneiden uns um das, was wir für den Schul- und Bildungsbereich tun, z. B. auch um die 3,7 Milli-

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

arden € im Wissenschaftshaushalt plus weiteren 160 Millionen € für das Programm „Hochschule 2012“.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das hat sich beim Landesparteitag der FDP aber anders angehört! Jetzt hat Sie der Mut verlassen!)

– Lieber Herr Schmiedel, beim Landesparteitag habe ich überhaupt nicht geredet.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Nicht Sie haben zur Bildung gesprochen, aber Ihre Kollegen! Abgeordnete der FDP waren das!)

Wenn ich Ihnen alles zusammen aufrechnen wollte, was Sozialdemokraten schon bei Parteitagern erzählt haben, dann würden Ihnen vermutlich die Ohren schlackern, Herr Schmiedel.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Nein! – Weitere Zurufe)

Das Einzige, was Sie in diesem Zusammenhang an konstruktiven Vorschlägen beizutragen haben, ist eine mögliche Einsparung von 80 Millionen €, wenn man das Sitzenbleiben abschaffen würde, Herr Kollege Schmiedel. Allerdings habe ich ein gewisses Verständnis dafür, dass Sie gegen das Sitzenbleiben sind, nachdem ich Ihre Rede vorhin gehört habe.

(Heiterkeit der Abg. Karl-Wilhelm Röhm und Stefan Mappus CDU sowie Hagen Kluck FDP/DVP – Unruhe)

Auch bei den Infrastrukturmaßnahmen kann sich das Land Baden-Württemberg durchaus sehen lassen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Eine Wiederholung hat keinen Sinn, denn in diesem Fall bessert sich nichts mehr! – Gegenruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: In Baden-Württemberg schon! – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Sie als Lehrer müssten es doch wissen!)

Das müssen wir vermutlich einsehen. Wir müssen es wahrscheinlich aufgeben, Herr Kretschmann, Sie noch zu Stuttgart 21 zu bekehren. Dennoch bleibt es dabei: Wir stellen in diesem Jahr 60 Millionen € und im nächsten Jahr 90 Millionen € für dieses Infrastrukturprojekt in den Landeshaushalt ein, weil wir zutiefst davon überzeugt sind, dass das für den wirtschaftlichen Wohlstand unseres Landes wichtig ist: dafür, dass Baden-Württemberg weiterhin auch wirtschaftlich an der Spitze des Fortschritts marschiert und dass wir, wenn diese Krise vorbei ist, auch besonders rasch wieder aus ihr emporkommen und stärker als andere Bundesländer dann auch wieder wirtschaftlich wachsen werden.

Dass Bildung notwendig ist, ist keine Frage. Dass eine ordentliche und verlässliche Energieversorgung notwendig ist, ist auch keine Frage. Darüber habe ich gesprochen. Dass auch eine zukunftsfähige Verkehrsinfrastruktur notwendig ist, ist auch keine Frage. Dass Sie gegen Straßen sind, haben Sie ja über Jahrzehnte hinweg nachgewiesen.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Und gegen die Schiene!)

Ich finde es ein Stück weit traurig, dass Sie jetzt auch gegen die Schiene sind.

Es stellt sich die Frage, wie Sie sich in Zukunft überhaupt fortbewegen wollen, Herr Kretschmann.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Auch bei der inneren Sicherheit setzen wir einen Schwerpunkt. Wir haben bei der Polizei in vielen Bereichen Stellenhebungen. Wir halten es in den Jahren 2010 und 2011 durch, jeweils weitere 800 Ausbildungsstellen im Polizeibereich in den Haushalt einzustellen. Wir lassen uns nicht nachsagen – anhand dieser Zahlen kann dies auch niemand nachweisen –, dass wir die innere Sicherheit vernachlässigten.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Thomas Blenke CDU: Sehr gut!)

Auch der Bereich der energetischen Sanierung der Landesgebäude mit 315 Millionen € lässt sich sehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Stefan Mappus CDU)

Wir sind diesen Weg gegangen. Das macht deutlich, dass uns die Umwelt eben keineswegs egal ist. Die Umweltentwicklung ist uns keineswegs egal. Wir haben das Energiekonzept 2020 auf den Weg gebracht. Wir waren mit dem Erneuerbare-Wärme-Gesetz Spitzenreiter. Wir tun jetzt einiges für die energetische Sanierung der Landesgebäude.

Diese Landesregierung handelt ökologisch. Sie aber reden nur ökologisch, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das ist gut! Das ist der entscheidende Unterschied!)

Das gilt auch für ein Zukunftsprojekt, das gerade im Automobilland Baden-Württemberg wichtig ist, auch für die Zulieferindustrie des Automobillands Baden-Württemberg. Das Stichwort dazu heißt Elektromobilität.

Im Haushalt 2010 wie auch im Haushalt 2011 sind 15 Millionen € eingestellt, um diesen Bereich voranzubringen. Dies geschieht federführend beim Wirtschaftsministerium in Kooperation mit dem Wissenschaftsministerium. Wir haben die Zeichen der Zeit erkannt. Wir blockieren diese Entwicklung auch keineswegs, weil wir wissen, dass es sowohl ökologisch als auch ökonomisch, Herr Kretschmann, grüne Wirtschaftspolitik ist – allerdings grün im Sinne von ökologisch und nicht grün im Sinne von Parteipolitik –, die Elektromobilität voranzubringen. Das ist ein Zukunftsmarkt, den wir in Baden-Württemberg annehmen und den wir voranbringen wollen.

Wenn wir alles zusammennehmen, meine Damen und Herren, dann wird deutlich, dass dieser Haushalt verantwortungsvoll ist. Er trägt eine Verschuldung, die wir uns keineswegs so vorgestellt haben, die aber aufgrund der Wirtschaftskrise und aufgrund der Strukturen des Landeshaushalts gar nicht zu verhindern ist. Er macht deutlich, dass wir den starken Konsolidierungsbedarf in der Zukunft erkannt haben und dass wir

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

auch bereit sind, diesem starken Konsolidierungsbedarf in der Zukunft gerecht zu werden. Aber er macht auch deutlich, dass wir in den Bereichen Bildung, innere Sicherheit, Energieversorgung und Infrastruktur Schwerpunkte haben und dass wir auch erkannt haben, dass wir ökologische Zukunftsindustrien in Baden-Württemberg haben, die wir fördern müssen.

Unter dem Strich, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, handelt es sich um einen Haushalt, der verantwortlich ist, der für den Landtag von Baden-Württemberg auch mit Blick auf die künftigen Generationen verantwortlich ist, und einen Haushalt, der sich im Ländervergleich allemal sehen lassen kann.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erhält der Herr Ministerpräsident.

**Ministerpräsident Günther Oettinger:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit Interesse habe ich den grundsätzlichen Reden der vier Fraktionsvorsitzenden zugehört. Mein Dank gilt zunächst einmal dem Kollegen Mappus und der CDU-Fraktion sowie dem Kollegen Rülke und der Fraktion der FDP/DVP für die Mitwirkung an der Haushaltsaufstellung und für die Unterstützung bei den parlamentarischen Beratungen heute und in den nächsten Tagen über einen Doppelhaushalt für die Jahre 2010 und 2011. Ich danke aber auch dem Kollegen Schmiedel und dem Kollegen Kretschmann für eine sachlich orientierte Kritik an meiner Arbeit und für Gedanken, die sich mit der aktuellen Tagesordnung der Landes- und Bundespolitik befassen. Ich glaube, dass die Aussprache heute Morgen durchaus dem Anspruch einer Grundsatzaussprache gerecht geworden ist.

Zwei entscheidende Faktoren prägen erstmalig die politische Situation. Ich gehöre dem Landtag von Baden-Württemberg jetzt bald 26 Jahre an. Ich habe beide Faktoren bisher nicht annähernd in dieser Ausprägung erlebt.

Der erste Faktor ist: Die Wirtschaft in Baden-Württemberg ist im letzten Jahr um sage und schreibe 8 % geschrumpft. Wir haben in den letzten Jahrzehnten zweimal, dreimal eine Stagnation der wirtschaftlichen Entwicklung gehabt. Ansonsten hatten wir Wirtschaftswachstum, und der Streit ging maximal um die Frage, wie ein Wachstum der Wirtschaft gerecht an die Bürger weitergegeben werden kann. Im letzten Jahr gab es ein Minus um 8 %.

Ich sage ganz offen: Darauf sind wir als Verantwortliche für die Aufgaben und Ausgaben der öffentlichen Hand mit unseren Instrumenten und Mitteln schlecht vorbereitet. Dies gilt für die Bundesebene, dies gilt für die sozialen Systeme, dies gilt für die Länderebene, und es gilt auch für die kommunale Selbstverwaltung.

Man könnte auch sagen: Unsere Aufgaben sind unverändert, und die Ausgaben sind sauber im Plan. Alle Diäten werden gezahlt, mein Gehalt wird gezahlt, die Klassen bleiben gleich klein oder werden kleiner, die innere Sicherheit hat dieselbe Priorität. Kurzum: Nichts schrumpft. Weder Ihr Gehalt noch mein Gehalt

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Die Diäten gehen runter!)

schrumpft um 8 % noch das, was wir an Dienstleistungen erbringen, noch das, was an Erwartungen der Bürger uns gegenüber besteht. Das heißt, die eine Seite unseres Budgets – Ausgaben und Ausgaben – wird 1 : 1 erfüllt.

Die Einnahmen hingegen brechen weg. Wenn die Wirtschaft um 8 % schrumpft, dann schrumpfen die Steuereinnahmen eher stärker, weil die Steuereinnahmen nicht nur auf Umsatz – 8 % Rückgang –, sondern auch auf Gewinnen aufgebaut sind und die Gewinne der Firmen bei 8 % Schrumpfung der Wirtschaft oftmals um 100 % wegbrechen.

Der zweite Faktor, der erstmalig und einmalig ist, ist die Entwicklung der Steuereinnahmen. Im Jahr 2010, also in dem Haushalt, den wir jetzt zu verantworten haben, werden wir 1,76 Milliarden € weniger an Steuern einnehmen, als es im Jahr 2008 der Fall war. Das heißt, im Jahr 2008, das längst abgerechnet ist, aber noch nicht lange zurückliegt, hatten wir sage und schreibe – nach dem Finanzausgleich, also netto – 1,76 Milliarden € mehr Einnahmen, als für dieses Jahr vorhergesagt worden sind.

Parallel dazu haben wir Ausgabesteigerungen. Herr Kollege Kretschmann hat das Thema „Öffentlicher Dienst, Angestellte, Arbeiter und Beamte sowie Pensionäre“ erwähnt. Aber so einfach ist die Sache nicht. Natürlich hatten wir im letzten Jahr und haben wir in diesem Jahr nennenswerte Gehaltssteigerungen. Aber wir hatten auch nennenswerten Nachholbedarf im öffentlichen Dienst. Der öffentliche Dienst hat in den Jahren von 2005 bis 2007 praktisch keine Gehaltssteigerungen gehabt, und darauf haben wir dann mit einer maßvollen zweistufigen Tarifsteigerung reagiert.

Übrigens steht Herr Bsirske Ihnen vermutlich näher als uns. Herr Salomon ist federführend bei den Tarifverhandlungen für den Bund und die Kommunen. Sie glauben doch nicht, dass bei 5 % Forderung von Bsirske am Ende 0 % herauskommen.

Das heißt, ich halte diese Tarifsteigerungen zum einen für legitim, für angezeigt, und ich glaube, dass uns andererseits bewusst gewesen sein muss: Bei über 40 % direkten und weiteren 10 % indirekten Personalausgaben im Landeshaushalt kann eine Entwicklung, in der die Wirtschaft um 8 % schrumpft und die Steuereinnahmen um mehr als 8 % zurückgehen, nicht von jetzt auf nachher über die Personalausgaben ausgeglichen werden. Das heißt, im Grunde genommen sind wir von einer Entwicklung betroffen, auf die wir alle nicht vorbereitet gewesen sind – in keinem Land, in keinem Rathaus, nicht in Baden-Württemberg und nicht im Bund.

Jetzt haben wir in diesem Jahr eine leichte Erholung. Kollege Mappus hat sie erwähnt. 1,5 % oder auch 2 % Wirtschaftswachstum sind wahrscheinlich erreichbar. Aber bei minus 8 % im letzten Jahr holen wir selbst mit 2 % Wachstum nur ein Viertel auf. Also werden wir erleben, dass es drei bis fünf Jahre dauern wird, bis wir wieder dort sind, wo wir vor der Krise gewesen sind. Aber auch vor dieser Annahme warne ich. Ich behaupte: Es wird nach der Krise nie mehr so sein, wie es vor der Krise war.

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Richtig! Ganz genau!)

Wir – wir alle! – haben in der öffentlichen Aufgabenwahrnehmung in den Jahren 2006 und 2007 goldene, gute Jahre ge-

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

habt, Jahre mit starkem Wirtschaftswachstum, mit bestem Arbeitsmarkt, mit hohen Sozialeinnahmen durch Beiträge aufgrund dieser hohen Beschäftigung. Auch die Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes um drei Prozentpunkte – eine Zumutung für die Bürger – hat entsprechende Mehreinnahmen für Bund und Länder gebracht.

(Zuruf: So ist es!)

In diesem Jahr haben wir 2,6 Milliarden € neue Schulden im Haushaltsentwurf. Das ist ein unglaublich hoher Verschuldungswert. Aber trotzdem ist die Frage, wie viel das ist, relativ zu sehen. Ich behaupte – ich sage dies auch unseren Bürgern im Land –: Diese 2,6 Milliarden € zeichnen sich im Vergleich zu anderen öffentlichen Haushalten, z. B. den Haushalten anderer Länder und des Bundes, als sehr, sehr maßvolle Verschuldung aus.

Nochmals: Wir haben in diesem Jahr 1,76 Milliarden € Steuereinnahmen weniger als im Jahr 2008, und der Differenzbetrag auf 2,6 Milliarden € kommt durch die Tarifsteigerungen im öffentlichen Dienst zustande. Das heißt, unsere Haushaltsstruktur ist in guten Jahren für die schwarze Null gut. Aber in schlechten Jahren gleichen wir dies nicht durch Kürzungen oder andere Maßnahmen aus.

In diesem Jahr haben wir eine Nettoneuverschuldung von 2,6 Milliarden €. Zeitgleich sieht Hessen, ein Geberland, ein wirtschaftsstarkes Land, bei nur sechs Millionen Einwohnern 3,4 Milliarden € neue Schulden vor. Das heißt, bei weit weniger Einwohnern werden weit mehr neue Schulden aufgenommen. Zum gleichen Zeitpunkt sieht Niedersachsen mit weit weniger Einwohnern 2,4 Milliarden € neue Schulden vor, und Rheinland-Pfalz mit nur vier Millionen Einwohnern, ein kleines Nachbarland, macht in diesem Jahr ebenfalls 2,4 Milliarden € neue Schulden. Bundesweit gehen wir in diesem Jahr von 150 Milliarden € neuen Schulden aller öffentlichen Hände aus. Unsere 2,6 Milliarden € sind dabei ein durchaus vertretbarer geringer Wert.

Das Nachbarland Bayern, das ich ebenfalls ansprechen will, macht in diesem Jahr vermutlich keine neuen Schulden, aber nur deswegen, weil Bayern durch Aktienverkäufe – Aktien vom Bayernwerk, von Viag und anderen – milliardenhohe Rücklagen aufgebaut hat. In diesem Jahr entnimmt Bayern 2,9 Milliarden € aus den Rücklagen. Nur dadurch wird dort vielleicht der Ausgleich des Haushalts möglich sein.

Ich bekenne mich zu diesem Etat, und ich glaube, dass das, was wir Ihnen hier an Strukturen vorlegen, im Vergleich zu anderen Ländern beachtlich und sehenswert ist.

Was haben wir in den letzten Jahren strukturell für den Haushalt getan? Das heißt: Was haben wir erreicht, damit die Verschuldung langjährig nicht mehr notwendig bleibt? Ich darf erwähnen, dass das 13. Gehalt, das Weihnachtsgeld der Beamten, das noch vor wenigen Jahren bei 90 % eines Monatsgehalts lag, für aktive Beamte auf 50 % und für Pensionäre auf 30 % gekürzt und in das Gehalt integriert worden ist.

Kollege Kretschmann sagt: Ihr hättet mehr kürzen können. Das mag sein. Aber eine Reduzierung auf 30 % für Pensionäre und 50 % für aktive Beamte ist eine nennenswerte Leistung, ein nennenswerter Beitrag des öffentlichen Dienstes.

Ein zweiter Punkt: Wir haben die Arbeitszeit unserer Beamten auf 41 Stunden erhöht. Die Bayern hatten 42 Stunden; da ging es auf 40 Stunden zurück. Mir ist nicht ganz erklärbar, warum die Regierung in München dies macht. Wir behalten die 41 Stunden bei und haben die Mehrarbeit in Stellenstreichungen umgemünzt, damit die Arbeitsstunden gleich bleiben und dies dem Haushalt strukturell zugutekommt.

Wir haben mit den Gruppen der Gesellschaft, den Kirchen, dem Sport, der Kultur und anderen über vier Jahre hinweg Solidarpakte eingeführt. Beim Sport sind die Mittel, die wir in diesem Jahr ausgeben, genauso hoch wie im Jahr 2006. Ich glaube daher, dass diese Regierung viel zur Ordnung der Haushaltsstruktur getan hat; es war wohl nicht genügend – auf eine Schrumpfung um 8 % waren und sind wir nicht vorbereitet –, aber mehr als die Mehrzahl der Nachbarländer zur gleichen Zeit gemacht haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Jetzt kam der Vorwurf des Kollegen Schmiedel, wir hätten die Haushaltsberatungen verzögert. Diesen Vorwurf weise ich in aller sportlichen Freundschaft zurück. Solange ich mich erinnern kann, tagte der Finanzausschuss zu den Haushaltsberatungen – auch in der Großen Koalition – immer im Januar. Noch unter Beerstecher, noch unter Puchta und anderen war das so. Mit Verlaub: Noch bestimmt das Präsidium des Landtags von Baden-Württemberg, wann der Haushalt beraten wird

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist die Mehrheit hier!)

– Entschuldigung –, aber nicht die Regierung.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist die eigene Firma! – Unruhe)

– Lieber Kollege Schmiedel, Haushaltsberatungen gab es noch nie im Dezember, sondern immer im Januar,

(Widerspruch bei der SPD)

und die Verabschiedung des Haushalts war immer Anfang Februar. Dieser Doppelhaushalt wird genauso spät, genauso rechtzeitig beraten und verabschiedet, wie es dieses Haus seit Jahren und Jahrzehnten kennt. Deswegen nochmals: Der Vorwurf der Verzögerung ist eine falsche Kritik, die meines Erachtens nicht angezeigt ist.

Der Finanzausschussvorsitzende weiß sehr wohl, dass im Januar hier gearbeitet wird und dies noch nie im Dezember aufgerufen worden ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Noch ein Satz zur Haushaltsstruktur. Mit den 150 Milliarden € neuen Schulden der öffentlichen Hand in diesem Jahr erreichen wir, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, einen Schuldenrekord, eine Defizitquote von 6 %. Das heißt, von etwa 2 500 Milliarden € Wertschöpfung – Handarbeit, Kopfarbeit und anderes mehr – gehen wir in diesem Jahr mit 6 % in die Verschuldung hinein: 150 Milliarden € bundesweit, in Baden-Württemberg 2,6 Milliarden €.

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

Wenn wir jetzt die 150 Milliarden €, die 6 %, auf das übertragen, was gesamtstaatlich dem Bund an Schuldenrechten zusteht, was den Ländern zusteht, was Baden-Württemberg zusteht, was uns und was den Kommunen zusteht, und dann einen Anteil für das Land herausrechnen, dann entspricht das, was wir an neuen Schulden machen, gerade einmal einer Quote von 3,1 %. Das heißt, wir tragen zu den 6 %, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, gerade einmal die Hälfte dessen bei, was uns eigentlich zusteht. Daher kann gesagt werden: Baden-Württemberg hält die strengen Währungskriterien auch in ökonomisch denkbar schlechter Zeit ein.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

Was sind die Schwerpunkte, die uns und mir wichtig sind? Der entscheidende Schwerpunkt heißt Bildung, Forschung und Wissenschaft, Betreuung und Erziehung.

Meine Damen und Herren, dass wir mit diesem Haushalt ernst machen und der Klassenteiler im Einvernehmen mit den beiden Regierungsfractionen von maximal 33 Kindern auf 28 Kinder abgesenkt wird, ist eine historische Entwicklung.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Die pädagogische Bedeutung vor Ort kann man nicht genügend hoch einschätzen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

Genau daran macht sich auch das „Kinderland“ Baden-Württemberg fest. Was Sie, Kollege Schmiedel, hier vorgetragen haben, war Spiegelfechterei. Mit diesen Titeln für Personalaufwand, Dienstleistungen und sonstige Ausgaben – unterm Strich 170 000 € – werden nicht mehr und nicht weniger als Regionalkonferenzen, der Weltkindertag 2010 und ein Kongress „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ finanziert. Das heißt, mit Ihren Nullen haben Sie im Grunde genommen das Parlament zu täuschen versucht, aber die Täuschung nicht erreicht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP – Abg. Reinhold Gall SPD: „Ihren Nullen“! Das waren I h r e Nullen! – Abg. Ursula Haubmann SPD: Wichtig ist, was hinten herauskommt!)

Ich darf eine zweite historische Veränderung ansprechen: Wir senken die Zahl der Kinder in den Kindergartengruppen deutlich ab und stocken das Personal pro Gruppe in Stufen gemeinsam mit den kommunalen Trägern, den Kirchen und den freien Trägern deutlich auf.

Ganz konkret geben wir in Stufen für die Betreuung, Erziehung und Bildung unserer Drei- bis Sechsjährigen im Endausbau 200 Millionen € mehr aus, und das Land Baden-Württemberg trägt mit 133 Millionen € den Löwenanteil daran. Gaben wir bisher zu den Personalkosten der Kindergärten nur knapp 30 % dazu, so geben wir jetzt hier über 60 % hinzu. Das heißt: kleinere Klassen, kleinere Gruppen im Kindergarten, mehr Personal, bessere Qualifikation und Weiterbildung. Dies ist für die Drei- bis 18-Jährigen der Beitrag Baden-Würt-

tembergs für beste Erziehung und Bildung unserer Kinder im „Kinderland“ Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Die Hochschulen kommen hinzu. Wir schaffen 20 000 zusätzliche Studienplätze und haben dafür seit 2006 in Stufen die Mittel in den Haushalt eingestellt. Unser Solidarpakt mit den Hochschulen ist die entsprechende Vertrauensgrundlage dafür. Das heißt, in wirtschaftlich schwieriger Zeit sparen wir nicht an der Bildung. Sprechen Sie einmal mit Lehrern und Gewerkschaftsvertretern. Dass die Zahl der Schulkinder sinkt, aber die Zahl der Lehrer steigt, ist im Bundesvergleich einmalig. Das ist die Politik von CDU und FDP/DVP in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich will ansprechen, dass zu unserer Haushaltspolitik auch Vorsorge gehört. Ich spreche einige Punkte an.

Wir haben in meiner Amtszeit den Versorgungsfonds gegründet und haben ihm mit 500 Millionen € aus Steuereinnahmen ein hohes Kapital gegeben: 500 Millionen €, die die Regierung Oettinger nicht in irgendwelche Projekte gesteckt hat, sondern für die nächste Generation, für die Haushaltslagen 2020 ff., für künftige Pensionsjahre bereithält. Seitdem zahlen wir für jeden neuen Beamten pro Monat 500 € ein. Das Geld wird verzinst. Ende 2011, das heißt, am Ende unseres Doppelhaushalts werden schon 685 Millionen € in diesem Pensionsfonds enthalten sein.

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Das reicht trotzdem nicht!)

Ein zweites Beispiel: Man kann über das Projekt Stuttgart-Ulm streiten, wobei unstrittig ist, dass man nach Stuttgart und Ulm kommen muss, jedoch nicht auf der Geislinger Steige. Aber das Geld dafür haben wir auch zurückgelegt. Wir haben für das Projekt und den Landesbeitrag im Jahr 2007 mit 345 Millionen € eine Rücklage gebildet; Zinsen kommen hinzu. Wir zahlen in den beiden Haushaltsjahren je 65 Millionen € ein. Das heißt, Ende 2011 haben wir zur Finanzierung der Auslagen des Landes für dieses historische Schieneninfrastrukturprojekt 600 Millionen € in der Rücklage. Damit haben wir auch einen nennenswerten Beitrag dafür geschaffen, dass dies die Haushaltsstruktur des nächsten Jahrzehnts nicht stärker belastet, als dies zumutbar ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich glaube, es gab noch nie eine Regierung, die Rücklagen in Milliardenhöhe für absehbare künftige Ausgaben gebildet hat. Bei den Maßnahmen – andere kommen hinzu – war mir wichtig, dass die Haushaltsstruktur der nächsten Jahre nicht durch Maßnahmen, die absehbar sind, vorbelastet ist.

All dies haben wir erreicht, ohne dass es zulasten der Kommunen ging. Meine Damen und Herren, die Gesamtverschuldung der Kommunen in Baden-Württemberg war noch nie so gering wie in der Gegenwart. Mir ist die Verschlechterung der Kommunalfinanzen sehr wohl bewusst. Aber die Gesamtverschuldung lag noch vor drei Jahren um 1,5 Milliarden € hö-

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

her als heute. Die Zahl der schuldenfreien Gemeinden ist gestiegen, die Kreisumlage ist gesunken. Wir haben in Baden-Württemberg im Gegensatz zu anderen deutschen Bundesländern unsere Haushaltspolitik nicht auf dem Rücken der Kommunen realisiert.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Bärtl Mielich GRÜNE: Das stimmt nicht! – Abg. Alfred Winkler SPD: Das sehen die anders!)

Wie sieht die Entwicklung der nächsten Jahre aus? Ich will das ansprechen, was mir Sorge macht. Mir macht große Sorge, dass der Bund im Hinblick auf wichtige Aufgaben chronisch unterfinanziert ist.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Ich spreche zuallererst einmal die Aufgabenfelder an, bei denen man mehr ausgeben muss, mehr investieren muss. Ich nenne auf Bundesebene das Thema Bundesfernstraßenbau, bei dem in der mittelfristigen Finanzplanung ab dem Jahr 2011 all das wegbriecht, was drei Jahre lang gut dotiert gewesen ist.

(Zuruf des Abg. Dr. Frank Mentrup SPD)

Ich spreche die Schieneninfrastruktur an, bei der im nächsten Jahrzehnt für neue Maßnahmen praktisch gar nichts vorgesehen ist.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Richtig!)

Die Bahn und der Bund sind bei der Schiene in Deutschland hoffnungslos unterfinanziert.

(Abg. Bärtl Mielich GRÜNE: Was ist die Konsequenz?)

– Frau Kollegin, die Konsequenz heißt für mich, dass jeder, der in der Politik Verantwortung trägt – dies sage ich auch gegenüber der neuen Regierung in Berlin –, zunächst einmal die mittelfristige Stärkung dieser investiven Bereiche in alle Pläne einbeziehen muss.

(Vereinzelt Beifall)

Hinzu kommt ein dritter Punkt. Derzeit haben wir Beitragstabilität. Die staatlich bedingten Sozialversicherungsbeiträge auf den Faktor Lohn liegen bei knapp unter 40 %. Wenn aber der Bund den Krankenkassen, der Arbeitsverwaltung, der Pflegeversicherung nicht mehr Mittel gibt, dann steigen die Beiträge in diesen Bereichen in den nächsten Jahren zumindest rechnerisch dramatisch an.

In diesem Jahr gibt der Bund für Gesundheit erstmals 16 Milliarden € aus dem Bundeshaushalt aus. Niemand wird davon ausgehen können, dass dieser Betrag jemals wieder sinken wird. Im Gegenteil, die Gesundheitspolitik geht schon eher von dauerhaft 20 Milliarden € als von nur 16 Milliarden € aus.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Sehr richtig!)

Die Pflegeversicherung braucht mehr Mittel aus dem Haushalt, wenn der Beitragssatz entlang der Demografie stabil bleiben soll. Die Arbeitsverwaltung bekommt in diesem Jahr 15 Milliarden € vom Bund, weil die 2,8 % zur Finanzierung

der Aufgaben – Weiterbildung, Kurzarbeit und anderes mehr – nicht mehr ausreichend sind.

Mein Ziel auf Bundesebene wäre es, den Beitrag stabil zu halten,

(Abg. Peter Hofelich SPD: So ist es! – Abg. Bärtl Mielich GRÜNE: Aber was heißt das?)

weil er für den Erhalt von Arbeitsplätzen, für bezahlbare Löhne und für mehr Netto vom Brutto entscheidend ist. Deswegen muss der Bund davon ausgehen, dass er in den nächsten Jahren, in denen er 81 Milliarden € für Renten bezahlt, tendenziell weitere 40 Milliarden € benötigt, damit die Beitragssätze halbwegs stabil bleiben. Dies ist Politik für die Arbeitswelt, für Arbeitgeber und für Arbeitnehmer.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Bravo!)

Ich will darauf hinweisen, dass die investiven Aufgaben des Bundes wachsen. Die Stabilisierung der Beiträge ist von einer beachtlichen, herausragenden Dimension.

(Beifall bei der CDU, der SPD und den Grünen sowie Abgeordneten der FDP/DVP – Unruhe)

Ich glaube, dass die Themen Bildung, Erziehung und Betreuung auf Landesebene und auf kommunaler Ebene trotz sinkender Kinderzahlen eine weiter wachsende Bedeutung für den Haushalt haben werden.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Aha! – Zuruf von der SPD: So ist es!)

Klar ist doch: Der Anspruch, die Erwartung im Hinblick auf die Betreuung der Kinder – von morgens 7:00 Uhr bis abends 18:00 Uhr, an möglichst wenigen Tagen geschlossen – und auf die Qualifizierung des Personals nimmt in der Gesellschaft weiter zu. Das heißt, die Bereitstellung der Infrastruktur und stabile Beitragssätze auf Bundesebene und Bildung und Betreuung auf Landesebene, auf kommunaler Ebene, werden weiter wachsende Aufgaben zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit und der Qualität unserer Gesellschaft in den nächsten Jahren und Jahrzehnten sein.

(Beifall bei allen Fraktionen – Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Noch so ein Wort, und er ist einer von uns!)

Es kommen zwei entscheidende Leitplanken hinzu, und zwar im Jahr 2011. Der ECOFIN-Rat und die Kommission in Brüssel erwarten, dass Deutschland von einer Defizitquote von 6 % in diesem Jahr innerhalb von drei Jahren auf 3 % kommt. Die bindende Vorgabe ist, dass Deutschland im Jahr 2013 wieder die von Kohl, Waigel und Kinkel geschaffenen Währungskriterien einhält. Das kann man ganz einfach durchdeklinieren: Das ist pro Jahr 1 % vom Bruttoinlandsprodukt weniger an neuen Schulden.

(Abg. Bärtl Mielich GRÜNE: Genau!)

Das sind sage und schreibe 25 Milliarden € weniger

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Pro Jahr!)

pro Jahr. Da wünsche ich viel Glück.

(Vereinzelt Heiterkeit – Zuruf: Danke!)

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

Klar ist: Wir haben das stärkste Interesse daran, dass die Währungskriterien bestehen. Warum? Ich mache mir Sorgen um die Stabilität der Währung Euro,

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Ganz genau!)

die nur als starke Währung akzeptiert ist. Die Situation in Griechenland ist ein Skandal.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja!)

Die griechische Regierung hat Zahlen und Fakten schlichtweg gefälscht. Das ist Betrug an der europäischen Familie.

(Vereinzelt Beifall – Unruhe)

Aber mit seinem Haushaltsdefizit wird Griechenland vermutlich kein Einzelfall sein. Auch Spanien, Portugal und Großbritannien haben bedrohliche Defizitquoten. Lettland weist ebenfalls eine prekäre Haushaltssituation auf.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sizilien!)

Wenn die Währungsgemeinschaft mit ihren 16, 17 Mitgliedern in den nächsten Jahren Autorität behalten soll, ist kein Umweg um die Haushaltskonsolidierung herum vorstellbar.

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Sehr richtig!)

Die Schuldenbremse kommt hinzu. Ich erinnere mich gut an die Zeit, Kollege Drexler, Kollege Kretschmann, als wir sie im März letzten Jahres erarbeitet haben. Damals hat man uns vorgehalten, das Ganze sei eher zu schwach, eher „lendenlahm“. Heute gibt es keinen Leitartikel mehr auf Bundesebene, in dem das Wort „Schuldenbremse“ nicht vorkommt.

Wolfgang Schäuble hat sogar gesagt, er hätte das Amt des Finanzministers gar nicht angetreten, gäbe es im Grundgesetz nicht die Schuldenbremse als entscheidendes Instrument, als bindende Vorgabe. Der Bund muss die Verschuldung bis zum Jahr 2016 auf 0,35 % des Bruttoinlandsprodukts, das heißt auf knapp 10 Milliarden €, zurückführen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: 10 bis 12 Milliarden €!)

Der Krise sind vielleicht 50 % der neuen Schulden geschuldet.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Was kostet das?)

Aber bei 40 bis 50 Milliarden € hat der Bund derzeit strukturell ein Problem. Er muss im ersten Jahr 10, im zweiten Jahr 20, im dritten Jahr 30 Milliarden € einsparen. Auch dies ist eine Vorgabe, die ab 1. Januar 2011 greift.

Ich glaube, dass Steuersenkungen dann möglich sind, wenn man vorher die Kürzungen beschließt.

(Beifall bei der SPD – Abg. Rainer Stickelberger SPD: Aber nur dann!)

Deswegen werden Themen wie die Sozialausgaben aufzurufen sein. Ich rate aber zur Sensibilität. Auch Themen wie die Pendlerpauschale sowie steuerfreie Nacht- und Wochenend-

zuschläge müssen dann diskutiert werden. Ich wünsche dabei viel Glück.

(Heiterkeit bei der SPD)

Deswegen glaube ich, dass das Thema Haushalt das Megathema der nächsten Jahre bleibt. Ich behaupte, dass unser Haushalt ein Zwischenschritt ist und dass die beiden Haushaltsjahre 2008 und 2009 wichtig gewesen sind.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Wir haben die Zinsquote, das heißt das, was Baden-Württemberg für aufgelaufene Altschulden bezahlt, in diesen beiden Jahren verringert. Wir kommen aus guten Jahren, wir haben die Zeit genutzt, wir haben Rücklagen aufgebaut und kommen jetzt nicht um neue Schulden herum. Ich gestehe aber zu, dass mit diesem Haushalt im Grunde schon die Aufgabe ansteht, zu überlegen, wie man nach der Krise landesweit und bundesweit wieder an das anknüpft, was in guten Jahren ohne neue Schulden möglich gewesen war.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Beifall bei Abgeordneten der SPD – Die Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP erheben sich von ihren Sitzen und applaudieren im Stehen.)

**Präsident Peter Straub:** Nach § 82 Abs. 4 der Geschäftsordnung erhält Herr Fraktionsvorsitzender Schmiedel das Wort.

(Unruhe – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Der Höhepunkt ist doch schon überschritten!)

**Abg. Claus Schmiedel SPD:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Schlussapplaus täuscht natürlich darüber hinweg,

(Widerspruch bei der CDU)

dass bei wesentlichen Passagen der Rede von Ministerpräsident Oettinger zwar vereinzelt von hinten Applaus kam, von Ihnen beiden hier vorn jedoch nicht.

(Heiterkeit bei der SPD und den Grünen – Zuruf: Die wissen schon, warum!)

Ich komme gleich noch einmal darauf zurück.

Ich möchte drei Punkte aufgreifen, Herr Ministerpräsident, die Sie angesprochen haben.

(Unruhe)

Ich bin 1992 in den Landtag gekommen; das war die Zeit einer großen Krise in der baden-württembergischen Metallindustrie. In dieser Krise – zur Zeit der Großen Koalition – hat es tatsächlich ausgereicht,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Der weiß, wovon er redet!)

mit den klassischen Instrumenten der Bürgerschaft zu arbeiten, um Betriebe, die gefährdet waren, über die Runden zu brin-



(Claus Schmiedel)

gen. Das Einmalige der derzeitigen Krise ist, dass wir nicht nur eine Wirtschaftskrise haben, dass die Konjunktur nicht nur im Durchschnitt um 8 % nach unten geht, sondern dass sie in der Metallbranche – Fahrzeugbau, Maschinenbau, Werkzeugmaschinenbau – noch deutlich stärker, nämlich um bis zu 30, 40 und sogar über 50 % einbricht.

Diese Wirtschaftskrise geht zudem einher mit einer Finanzkrise. Deshalb haben Sie zu Recht darauf hingewiesen, dass wir allesamt mit unserem politischen Instrumentenkasten auf diese politische Dimension nicht vorbereitet sind. Ich frage Sie jedoch: Was hindert uns denn daran, auf diese neue Dimension der Krise neue Antworten und neue Instrumente zu finden? Das sind unsere Vorschläge. Davor sollten Sie nicht länger die Augen verschließen.

(Beifall bei der SPD)

Zum Zweiten: Was Sie angeführt haben – der Haushalt von Baden-Württemberg sei strukturell gut, wir hätten in guten Jahren einen ausgeglichenen Haushalt, und nur in schwierigen Jahren hätten wir ein Defizit –, ist nur die halbe Wahrheit. Sie haben selbst in verschiedenen Einlassungen darauf hingewiesen, dass die Hälfte des Defizits, das wir vorfinden, strukturell bedingt ist und nicht der Krise geschuldet ist. Wir alle erwarten, dass die Krise 2012/2013 tatsächlich zu Ende ist und dass wir dann wieder auf dem wirtschaftlichen Niveau des guten Jahres 2007 sind. Wenn das aber der Fall ist, Sie gleichzeitig jedoch eine mittelfristige Finanzplanung machen, bei der jedes Jahr Milliardenbeträge fehlen, dann muss man auch in Baden-Württemberg an strukturelle Veränderungen gehen.

Wir haben vorgeschlagen – das wäre Ihre erste Aufgabe, Herr Mappus –, Einschnitte zu machen und zu sagen: Wir sparen Ministerien ein. Wir haben vorgeschlagen, eine Verwaltungsebene einzusparen. Das allein würde zu jährlichen Einsparungen von 250 Millionen € führen,

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Alte Kamellen! – Abg. Stefan Mappus CDU: Das bringen Sie seit 40 Jahren alle paar Jahre! Ich kann es nicht mehr hören!)

ohne dass wir bei Ausgaben für wesentliche Aufgaben im Land Baden-Württemberg kürzen müssten.

(Beifall bei der SPD)

Ein letztes Wort noch zum „Kinderland“: Herr Ministerpräsident, was auf dem Papier steht, ist das eine, und was in der Realität ankommt, ist das andere.

(Lachen des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Der war gut!)

Deshalb will ich das Beispiel Klassenteiler aus ganz aktuellem Anlass noch einmal aufgreifen. Ich habe gestern einen Brief von Eltern der Grundschule Hoheneck bekommen. Sie kennen den Ort.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wir auch!)

Die Eltern schlagen Alarm und sagen: Genau am heutigen Tag geht die Klassenlehrerin in den Mutterschutz.

(Zuruf von der CDU: Schön!)

Der Schulleiter bemüht sich beim Regierungspräsidium seit Monaten vergeblich um einen Ersatz. Was ist die Folge? Die Kinder dieser Klasse werden auf die anderen Klassen verteilt, und deren Klassenstärke wird dabei jeweils deutlich bei mehr als 30 Kindern liegen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist als Übergangslösung richtig und notwendig!)

Die Eltern äußern wörtlich: „Die Bildungsoffensive in Baden-Württemberg“ – das soll ja ein Teil des „Kinderlands“ sein – „haben wir uns anders vorgestellt.“

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wann waren Sie das letzte Mal in der Schule? Die Entscheidung ist zunächst richtig!)

Schauen Sie also in die Realität. Die statistischen Zahlendrehereien nützen den betroffenen Kindern und den betroffenen Eltern nichts. Es muss vor Ort ankommen. Die Realität zeigt, dass in Baden-Württemberg vieles von dem, was Sie versprochen haben und bis heute versprechen, in der Realität nicht ankommt.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

**Präsident Peter Straub:** Ebenfalls nach § 82 Abs. 4 der Geschäftsordnung erhält nun Herr Fraktionsvorsitzender Kretschmann das Wort.

**Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch ich kann meine Replik sehr kurz machen.

(Zurufe von der CDU: Sehr gut!)

Ihr Vortrag, Herr Ministerpräsident,

(Abg. Klaus Herrmann CDU: War sehr gut!)

war hervorragend in der Analyse; Kompliment.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Claus Schmiedel SPD: Zwei haben wieder nicht geklatscht! Unglaublich!)

Konsequenzen daraus – ich formuliere es höflich, weil Sie bald aus dem Amt scheiden –: ein großes, ein riesiges Fragezeichen!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Analyse war, wie gesagt, hervorragend; Sie hinterlassen uns aber dennoch bei Ihrem Weggang einfach ein riesiges Fragezeichen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Glückauf! – Abg. Dr. Frank Mentrup SPD: Das ist die Rache an Mappus! – Heiterkeit)

Mehr gibt es dazu nicht zu sagen. Sie haben alles noch einmal beschrieben; Sie haben auch gesagt, dass wir besser dastehen als andere – so, als wäre das ein echter Trost, als würde das irgendetwas nützen. Aber einen Weg dazu, wie wir vermeiden können, in die Schuldenfalle zu geraten, einen Pfad

(Winfried Kretschmann)

für Einsparungen, damit die Schuldenbremse, die richtig ist und die wir alle auch in der Föderalismuskommission wollten, funktioniert und wir wieder aus der Verschuldung herauskommen, haben Sie nicht aufgezeigt. Da stehen nur Fragezeichen. Sie haben keinen einzigen Vorschlag gemacht.

Dort, wo wir Vorschläge gemacht haben, haben Sie diese Vorschläge noch äußerst kritisch bewertet, so etwa die Mahnung, dass es beim Aufwuchs der Pensionen und der Gehälter für unsere Beschäftigten in Zukunft nicht einfach so weitergehen kann wie bisher. Das haben Sie ebenfalls nur kritisch gewürdigt. Wo aber ist Ihre Alternative?

Wenn die direkten Personalausgaben, die wir haben, bereits 40 % des Haushalts betragen, und dieser Betrag zusammen mit den Zuwendungen, die wir noch an andere machen, sogar die Hälfte des Haushalts ausmacht, frage ich: Wie sollen wir nachhaltige Finanzpolitik machen, ohne an diesem Block irgendetwas zu drehen? Das kann ich mir nicht vorstellen. Ich wäre aber dankbar, wenn Sie Alternativen kennen. Es ist sicher nicht vergnügungssteuerpflichtig, solche Alternativen darstellen zu müssen.

Sie haben immerhin eine gute Analyse vorgenommen. Sie haben jedoch ebenso ein Fragezeichen hinterlassen wie Ihr Nachfolger, der in seiner Rede auch nicht gesagt hat, wie es weitergehen soll. Dass Sie jedoch angesichts dessen, was Sie an Steuersenkungen vorhaben, dem Ministerpräsidenten nach einer solchen Analyse noch stehende Ovationen darbieten,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist unglaublich!)

das kann ich überhaupt nicht begreifen. An Ihrer Stelle hätte ich unter dem Tisch gegessen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Bei einer so dramatischen Beschreibung weiter auf Ihren wirklich bizarren Steuersenkungen zu beharren ist doch schon fast kindisch.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen)

Das ist doch eine absolute Realitätsverweigerung. Der Ministerpräsident sagte wörtlich: „Der Bund ist chronisch unterfinanziert.“ So Ministerpräsident Oettinger wörtlich.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Dann zeigte er für den Haushalt auf, dass auch bei uns schon vor der Finanzkrise eine Unterfinanzierung in Höhe von 2 Milliarden € bestanden hat. Sie ist nur durch den riesigen Steuersegen überdeckt worden, der Ihnen dann ausgeglichene Haushalte beschert hat.

Aber jetzt sind wir in einer noch schlimmeren Situation. Uns treffen die Steuersenkungen zusammen mit den Kommunen noch dramatischer als den Bund. Wie soll das bewältigt werden? Wenn Sie das mit Wachstum finanzieren wollen, dann brauchen Sie gigantische Wachstumsraten. Diese sind doch überhaupt nicht in Aussicht. Schon die 4 %, die Sie unterstellen, Herr Finanzminister, sind doch für Ihre Zahlen im Mittelfristigen Finanzplan geschönt. Woher soll das kommen?

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Realitätsverweigerung!)

Ich sage Ihnen: Es ist alte Politik, zu glauben, dass diese linearen Wachstumsmargen in einer Höhe, wie wir sie noch gar nie hatten, weiterhin eintreffen sollen. Da macht man sich etwas vor und streut den Leuten Sand in die Augen. So kommen wir nicht weiter.

Wir kommen nur mit einem weiter – das sage ich Ihnen noch einmal ganz speziell, Herr Kollege Mappus –: Das Thema Landeserziehungsgeld ist dafür exemplarisch. Wir können nicht beides: Landeserziehungsgeld zahlen und, wie der Ministerpräsident gesagt hat, mehr in Betreuung und in eine gute Bildung schon für die Kleinen investieren. Das Geld für beides ist nicht vorhanden. Wenn Sie im Bund für das Betreuungsgeld eintreten, sodass jetzt Eltern, die ihre Kinder selbst betreuen, dafür auch noch belohnt werden,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Dann ist das richtig!)

obwohl sie das Geld gar nicht brauchen, frage ich Sie: Wie soll das dann finanziert werden?

Ich sage Ihnen: Mit einer konservativen Politik hat das nun gewiss nichts zu tun. Wenn man konservativ oder gar christlich argumentiert, dann ist man der Ansicht: Wenn man Kinder hat, ist das ein Geschenk und ein Segen, und man kann sich darüber freuen, wenn man sie aufziehen und das allein machen kann. Dafür muss man nicht auch noch vom Staat belohnt werden. Das hat mit einer konservativen Haltung zur Familie überhaupt nichts zu tun.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Sollen wir das Kindergeld abschaffen, Herr Kollege? Das ist intellektueller Müll, was Sie da verbreiten!)

Es ist einfach völlig absurd, dass Sie noch in diese Richtung gehen. Nein, das können wir uns gar nicht leisten.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Ich habe schon viel Schrott gehört, aber das übertrifft wirklich alles!)

Wir können es uns nicht leisten, Leuten noch Prämien zu verpassen, die das Geld gar nicht brauchen. Wir brauchen diese knappen Mittel für die Kinderbetreuung. Darüber sind sich inzwischen fast alle außer Ihnen einig.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Diese Seite des Hauses links von mir sieht es so; die FDP/DVP sieht es offensichtlich auch so; der Ministerpräsident, jedenfalls der alte, sieht es so; nur Sie sehen es nicht so, Kollege Mappus. Wollen Sie jetzt einen Schritt in die Zukunft machen?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Oder zurück? – Abg. Stefan Mappus CDU: Ich will nur eines: dass Sie jetzt fertig werden! Das kann man nicht mehr anhören, was Sie da sagen!)

– Das müssen Sie aber.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Das kann man nicht mehr anhören! Sie sagen völlig die Unwahrheit! Das hat gar niemand behauptet, was Sie da sagen!)

(Winfried Kretschmann)

Selbst wenn Sie hinausgehen, müssen Sie es noch anhören, es sei denn, Sie verlassen das Gelände des Landtags.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Sie sind demnächst eh am Ende! – Gegenruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Sie sind am Ende, bevor Sie angefangen haben!)

– Nein, Herr Kollege Mappus. Die entscheidende Frage ist: Wollen wir mit den knappen Ressourcen, die wir haben, unsere Zukunftsaufgaben gestalten? Dann müssen wir uns von anderen Dingen trennen.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Sie behaupten Dinge, die niemand gesagt hat!)

– Sie sind der große Verfechter dieses Betreuungsgelds.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Das steht im Koalitionsvertrag drin! Den habe ich nicht verhandelt!)

Das haben Sie immer unterstützt.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Weil es richtig ist!)

Wollen wir neue Wege in die Zukunft gehen? Dann müssen wir alte verlassen. Nur wenn man dazu den Mut hat, dann hat man für die Zukunft eine Perspektive. Wenn man aber immer beides haben will und sich am Alten festklammert – diesen Eindruck habe ich bei Ihnen allmählich –, dann kann man

dieses Land nicht in die Zukunft führen, sondern dann führt man es in die Schuldenfalle.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

**Präsident Peter Straub:** Meine Damen und Herren, mir liegen keine Wortmeldungen mehr vor.

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf der Landesregierung zum Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2010/11, Drucksache 14/5600, sowie den Gesetzentwurf zum Haushaltsbegleitgesetz 2010 und Gesetz über das Landesschuldbuch, Drucksache 14/5680, zur weiteren Beratung an den Finanzausschuss zu überweisen. – Sie stimmen diesem Vorschlag zu.

Damit sind wir am Ende der Tagesordnung angelangt.

Die nächste im Sitzungsplan des Landtags vorgesehene Plenarsitzung findet am Mittwoch, 3. Februar 2010, um 10:00 Uhr statt. Gegebenenfalls wird aus aktuellem Anlass vor diesem Termin noch eine zusätzliche Plenarsitzung einberufen.

Meine Damen und Herren, ich wurde gebeten, noch darauf hinzuweisen, dass der Ausschuss für Schule, Jugend und Sport und der Sozialausschuss um 14:15 Uhr im Johann-Jakob-Moser-Saal und der Wirtschaftsausschuss um 14:30 Uhr im Eugen-Bolz-Saal tagen.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

**Schluss: 13:15 Uhr**

## Vorschlag

der Fraktion der SPD

### Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen

Ausschuss	Funktion	scheidet aus	tritt ein
Ständiger Ausschuss	ordentliches Mitglied	Kipfer	Dr. Brenner
Wirtschaftsausschuss	stellvertretendes Mitglied	Kipfer	Dr. Brenner
Ausschuss für Schule, Jugend und Sport	stellvertretendes Mitglied	Kipfer	Dr. Brenner
Umweltausschuss	stellvertretendes Mitglied	Kipfer	Dr. Brenner
Sozialausschuss	stellvertretendes Mitglied	Kipfer	Dr. Brenner
Ausschuss Ländlicher Raum und Landwirtschaft	ordentliches Mitglied stellvertretendes Mitglied	Kipfer Krögner	Krögner Dr. Brenner
Petitionsausschuss	ordentliches Mitglied	Krögner	Dr. Brenner
Sonderausschuss „Konsequenzen aus dem Amoklauf in Winnenden und Wendlingen: Jugend- gefährdung und Jugend- gewalt“	ordentliches Mitglied stellvertretendes Mitglied	Kipfer Fohler	Fohler

19. 01. 2010

Claus Schmiedel und Fraktion